



GRENZENLOS

JAHRESBERICHT 2022

DER KRIEG SCHREIBT DIE REGELN

Russlands Krieg gegen die Ukraine gefährdet die Pressefreiheit in Osteuropa – wir helfen vor Ort und im Exil

ERFOLGREICH GEGEN SPYWARE

Medienschaffende brauchen sichere Kommunikation – wir kämpfen gegen digitale Überwachung

ANWÄLTE DER PRESSEFREIHEIT

Um Medienschaffende zu stärken und Straflosigkeit zu verhindern, beschreiten wir auch juristische Wege

Welcome to a journey you've never imagined

Eine Reise, die mit Überwachung und Verfolgung beginnt und mit der Todesstrafe enden kann. In Saudi-Arabien landen kritische Journalist*innen jahrelang hinter Gittern, werden gefoltert oder sogar grausam ermordet. Mindestens 26 Medienschaffende sitzen unrechtmäßig im Gefängnis. Deshalb haben wir das Regime verklagt.

Unterstützen Sie unsere Arbeit unter:
reporter-ohne-grenzen.de/willkommeninsaudi



Auf der Rangliste der Pressefreiheit steht Saudi-Arabien auf Platz 166 von 180.
Doch Pressefreiheit ist die Basis einer Demokratie.
Wenn sie stirbt, stirbt auch jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft.

Saudi
Willkommen
in Arabien

RSF REPORTER
OHNE GRENZEN



Liebe Freundinnen und Freunde von Reporter ohne Grenzen,

schon seit vielen Jahren berichteten wir über die wachsenden Repressionen, denen Journalistinnen und Journalisten in Russland ausgesetzt waren. Für das System Putin war die Kontrolle der Medien von Anfang an ein entscheidendes Machtinstrument. Und doch bedeutete der 24. Februar 2022 eine Zäsur. Aus einer Ahnung wurde furchtbare Gewissheit: Putins Russland greift die gesamte Ukraine an.

Der Schock dauerte auch für die mittlerweile rund 50 Mitarbeitenden unserer Berliner Geschäftsstelle nur kurz – überwältigend waren Hilfsangebote, Spenden und Solidarität unserer Mitglieder, Unterstützerinnen und Unterstützer. Schon im März 2022 konnten wir gemeinsam mit unserer ukrainischen Partnerorganisation IMI ein Zentrum für Pressefreiheit in Lwiw eröffnen; ein zweites folgte in Kyjiw. Medienschaffende können hier Schutzausrüstungen leihen und Sicherheitstrainings absolvieren. Internet-Arbeitsplätze funktionieren auch bei Stromausfällen. Auch in anderen Regionen der Ukraine versorgten wir Medien mit Generatoren.

Wir dokumentieren Verstöße gegen die Pressefreiheit, Zensur und Verfolgung, sammeln Material für spätere Gerichtsprozesse. Dabei geht es vor allem um russische, teils gezielte Angriffe auf Medienschaffende. Beim Internationalen Strafgerichtshof haben wir mittlerweile acht Strafanzeigen eingereicht. Elf Kolleginnen und Kollegen wurden seit Kriegsbeginn in der Ukraine getötet.

In Russland selbst sind unterdes fast alle unabhängigen Medien verboten oder blockiert. Für die Verbreitung angeblicher »Falschnachrichten« oder die vermeintliche »Diskreditierung der russischen Streitkräfte« drohen bis zu 15 Jahre Arbeitslager. Mehr als tausend Medienschaffende mussten Russland verlassen. Sie müssen eine neue Heimat im Exil finden, viele von ihnen im Baltikum und auch in Berlin. Sie möchten unbedingt weiterarbeiten – dazu beitragen, den Nebel des Krieges zu lichten. Um diese Arbeit zu unterstützen, haben wir im April 2022 gemeinsam mit der Schöpflin Stiftung und der Rudolf Augstein Stiftung den JX Fund für Journalismus im Exil gegründet, dessen Entwicklung RSF als Gesellschafter begleitet. Er hat bereits 51 Medien – zurzeit vor allem aus Russland und Belarus – beim nachhaltigen Wiederaufbau im Exil unterstützt.

Auch im vergangenen Jahr beschäftigte uns das Thema Online-Überwachung. Schon lange setzen wir uns für eine wirksame Regulierung des Exports von Überwachungstechnologien ein. Jetzt möchten wir mit unserem im Herbst 2022 gegründeten »Digital Security Lab« auch ganz praktisch gegen digitale Überwachung angehen. Das Angebot des DSL – eines der weltweit wenigen unabhängigen digitalforensischen Labors – richtet sich an Medienschaffende, die befürchten, dass ihr Telefon oder Computer mit Spähsoftware infiziert ist.

Wir danken Ihnen für Ihr Vertrauen in unsere Arbeit, für Ihre Solidarität und Ihr Engagement für das Menschenrecht Pressefreiheit. In diesen sorgenvollen Zeiten ist es wichtiger denn je.

Herzlich, im Namen des Vorstandes, Ihre

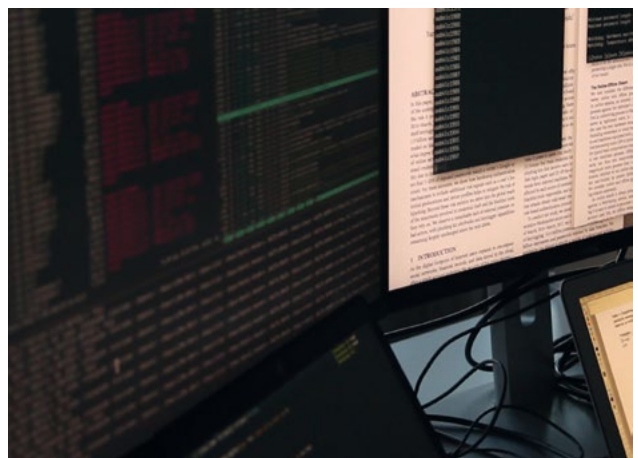
*AP-Kameramann
Mstyslav Chernov läuft
durch eine Luftver-
teidigungsbasis in
Mariupol, die durch
einen russischen
Angriff getroffen wurde.
© picture alliance /
ASSOCIATED PRESS |
Evgeniy Maloletka*

INHALT

Vorwort des Vorstands	3
Themenschwerpunkt Russland/Ukraine/Belarus	6
Fundraising, Mitglieder- und Spenderdank	8
Reporter ohne Grenzen international	10
Themenschwerpunkt EMFA	11
Themenschwerpunkt Überwachung	12
Jahresbilanz und Rangliste	14
Themenschwerpunkt Gambia	16
Themenschwerpunkt Strategische Prozessführung	17
Reporter ohne Grenzen in den Medien	18
Veranstaltungen, Kampagnen und Aktionen	19
Nothilfe und Stipendien	20
Fotos für die Pressefreiheit	24
Jahresabschluss	26
Verein und Geschäftsstelle	29



Wo der Krieg die Regeln schreibt _ Russlands Krieg gegen die Ukraine hat Auswirkungen auf die Pressefreiheit in ganz Osteuropa. Wir helfen Medienschaffenden vor Ort und im Exil. Verbrechen in der Ukraine, wie die Tötung des Reporters Maksim Levin, untersuchten wir genau. S. 6 © Patrick Chauvel / RSF



Erfolgreich im Kampf gegen Spyware _ Sichere Kommunikation ist für Medienschaffende weltweit essenziell. Doch digitale Überwachung wird immer ausgefeilter. Wir wehren uns vor Gericht und mit einem digitalforensischen Labor. S. 12 © RSF

KURZ NOTIERT: JULIAN ASSANGE



Noch nie war die Gefahr so real, dass Wikileaks-Gründer Julian Assange an die USA ausgeliefert wird. Im Sommer 2023 trennt ihn nur noch eine Gerichtsentscheidung von diesem Schritt, dann ist der Rechtsweg in Großbritannien erschöpft. Wir haben auch das ganze Jahr 2022 über auf allen Ebenen für die Freilassung von Julian Assange gekämpft: mit einer großen Pressekonferenz gemeinsam mit anderen Organisationen, politischen Gesprächen und öffentlichkeitswirksamen Aktionen. In einer Petition forderten wir und 65.000 Unterstützende weltweit die britische Regierung auf, die Auslieferung abzulehnen. Die Unterschriften übergaben wir im Juni 2022 in Berlin der britischen Botschaft. © RSF

KURZ NOTIERT: PRESSEFREIHEIT GRENZENLOS

Ob der Terror der Al-Shabab-Miliz in Somalia oder Gefahren für vietnamesische Staatsangehörige selbst im Exil – das Unrecht der Welt wird erst sichtbar, wenn Medienschaffende darüber berichten. Diese Menschen stehen im Fokus unseres Podcasts »Pressefreiheit grenzenlos«, für den wir im Jahr 2022 zehn neue Folgen produzierten: Was bringt die Journalistinnen und Journalisten dazu, ihr Leben aufs Spiel zu setzen und sich in den Dienst der Gesellschaft zu stellen? Welchen Gefahren sind sie durch ihre Arbeit ausgesetzt? Und wie kann es gelingen, dass sie frei berichten können? Alle Folgen sind unter www.reporter-ohne-grenzen.de/podcast nachzuhören.



Nothilfe und Stipendien _ In einer Zeit, in der internationale Krisen Schlag auf Schlag aufeinander folgen, leistet RSF Beistand für bedrohte Medienschaffende – etwa das belarussische Medien-Startup ChinChin, das 2022 zum zweiten Mal fliehen musste – aus der Ukraine unter anderem nach Deutschland. S. 20 © ChinChin



Das lange Warten auf Gerechtigkeit _ Ende 2004 wurde der gambische RSF-Korrespondent und unabhängige Journalist Deyda Hydrara ermordet. Fast 20 Jahre später steht nun in Deutschland ein Tatverdächtiger vor Gericht. S. 16 © RSF

! KURZ NOTIERT: DEFENDING VOICES PROGRAM !



Drei Jahre lang haben wir dazu beigetragen, in Mexiko und Brasilien sicherere Arbeitsumfelder für Journalistinnen und Journalisten zu schaffen. In Mexiko schlugen wir mit unserer Partnerorganisation Propuesta Cívica im April dem Senat Reformen von Gesetzen vor, die sich negativ auf die Pressefreiheit auswirken. Am 2. November, dem Internationalen Tag gegen Straflosigkeit, legten wir Beschwerden gegen Mexiko beim UN-Menschenrechtsausschuss wegen Untätigkeit nach dem Verschwinden von Journalisten ein. In Brasilien halfen wir acht Bürgermedien dabei, sich zu vernetzen und wirtschaftlich nachhaltig aufzustellen. Zum Abschluss diskutierten Mitarbeitende dieser Medien auf einer Konferenz über die Zukunft von pluralistischem, diversem Journalismus. 2023 wurde Defending Voices in beiden Ländern um drei Jahre verlängert. © Fran Silva



Anwälte der Pressefreiheit _ Um Medienschaffende zu stärken oder Straflosigkeit nach Verbrechen gegen sie zu verhindern, beschreiten wir auch juristische Wege – etwa nach dem russischen Angriff auf einen Fernsehturm in Kiew. S. 17 © picture alliance / abaca | ABACA

! IMPRESSUM !

Herausgeber:

Reporter ohne Grenzen e. V.

Postfach 304108, 10785 Berlin

Fon: 030 609 895 33 – 0

Fax: 030 202 15 10 – 29

kontakt@reporter-ohne-grenzen.de

www.reporter-ohne-grenzen.de

Verantwortlich: Christian Mihr
(Geschäftsführer)

Konzeption: Sylvie Ahrens-Urbaneck,
Juliane Matthey

Koordination und Textredaktion:
Juliane Matthey

Texte: Sylvie Ahrens-Urbaneck, Katja
Heinemann, Juliane Matthey, Christian Mihr,
Anne Renzenbrink, Christopher Resch,
Birger Schütz, Maik Thieme

Gestaltung: Anna-Maria Roch

Druck: Pinguin Druck GmbH – Der Umwelt
zuliebe lässt Reporter ohne Grenzen seinen
Jahresbericht auf Naturpapier drucken.

Titelbild: Vorstellung des Bildbands »Fotos
für die Pressefreiheit 2023« im Maxim Gorki
Theater in Berlin © Jule Halsinger



WO DER KRIEG DIE REGELN SCHREIBT

Russlands Krieg gegen die Ukraine setzt die Pressefreiheit in ganz Osteuropa unter Druck. Wir helfen Medienschaffenden vor Ort und im Exil.

Eigentlich sollte alles rasch und unbürokratisch gehen: Aufgrund der deutlich verschärften Bedrohungslage nach Moskaus Angriff auf die Ukraine versprach die Bundesregierung im Frühjahr 2022 ein schnelles Aufnahmeverfahren für bedrohte russische Journalistinnen und Journalisten. Man werde ihnen die Möglichkeit geben, frei und unabhängig von Deutschland aus zu berichten, verkündete Innenministerin Nancy Faeser Ende Mai.

Das Versprechen kam wenige Wochen nach dem Inkrafttreten neuer Zensurgesetze in Russland. Seit März 2022 drohen für die Verbreitung angeblich falscher Informationen über die russische Armee oder deren vorgebliche Diskreditierung bis zu 15 Jahre Haft. Die willkürliche Anwendung der Bestimmungen macht sie zu einem unkalkulierbaren Risiko für unabhängige Journalistinnen und Journalisten.

Gut zwei Wochen nach der Ankündigung der Bundesregierung reichten wir eine Liste mit 49 Namen bedrohter russischer Medienschaffender ein. Doch trotz der Ankündi-

gungen geschah nichts. Wochenlang stritten die zuständigen Ministerien über Zuständigkeiten. Schließlich teilte das Bundesinnenministerium Ende August mit, man habe die Liste aufgrund von Formfehlern nicht bearbeitet.

Daraufhin schlugen wir Alarm und protestierten in einem öffentlichen Brandbrief, der in reichweitenstarken Medien wie Spiegel und Tagesschau aufgegriffen wurde. Der massive öffentliche Druck zwang Berlin schließlich zum Handeln. Mittlerweile haben mehr als 120 russische Medienschaffende und ihre Angehörigen Aufnahmezusagen erhalten.

Besonders öffentlichkeitswirksam war 2022 auch die Flucht von Marina Owsjannikowa ins Ausland, bei der wir eine wichtige koordinierende Rolle spielten. Die russische Journalistin war mit einer Protestaktion im russischen Staatsfernsehen bekannt geworden. Aktuell setzen wir uns verstärkt für die Freilassung des US-Journalisten Evan Gershkovich ein, der seit März 2023 wegen angeblichen Spionage-Verdachts in Haft sitzt.



Im März 2022 eröffnete RSF-Generalsekretär Christophe Deloire (Mitte) unser Zentrum für Pressefreiheit in Lwiv, wo Journalistinnen und Journalisten unter anderem Schutzausrüstung ausleihen können. © RSF

Bild Seite 6: Ihr Anti-Kriegs-Protest im russischen Staatsfernsehen machte sie im März 2022 weltweit bekannt: Marina Owsjannikowa, zu diesem Zeitpunkt selbst Mitarbeiterin des staatlichen Senders Channel One. Mit Unterstützung von RSF verließ sie Russland einige Monate später. © picture alliance / ZUMAPRESS.com | NTC

Hilfe in der Ukraine: Ausrüstung, Schulungen, Betreuung

In der Ukraine haben wir unser Engagement seit dem Beginn des russischen Großangriffs stark ausgebaut. Bereits in der zweiten Woche der Invasion eröffneten wir gemeinsam mit unserer Partnerorganisation IMI (Institut für Masseninformatik) im westukrainischen Lwiv ein Zentrum für Pressefreiheit. Dieses verleiht Helme und kugelsichere Westen an Kriegsreporterinnen und -reporter und bietet Schulungen zum sicheren Verhalten im Krieg an. Zudem geben wir Verbandskästen aus, führen Erste-Hilfe-Kurse durch und beraten psychologisch bei der Bewältigung kriegsbedingter Traumata. Nach dem Scheitern des russischen Angriffs auf die ukrainische Hauptstadt richteten wir im Mai 2022 ein zweites Pressezentrum in Kyjiw ein.

Zusammen gaben beide Zentren allein in den ersten sechs Monaten 555 kugelsichere Westen, 549 Helme, 1011 Erste-Hilfe-Sets und 342 Solarbatterien aus. Im Winter lieferten sie zudem Stromgeneratoren an 91 ukrainische Medien. Daneben unterstützen wir in Not geratene ukrainische Journalistinnen und Journalisten auch finanziell. Im ersten Kriegsjahr erhielten insgesamt 129 Medienschaffende Arbeitsstipendien, darunter 86 Frauen.

Außerdem dokumentieren wir russische Angriffe auf Medienschaffende. Dies dient der Vorbereitung späterer Gerichtsprozesse. Seit Kriegsbeginn haben wir acht Strafanzeigen beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag eingereicht. Außerdem konnten wir im Frühjahr 2022 mit einer ausführlichen Untersuchung vor Ort dazu beitragen, die Todesumstände des ukrainischen Fotoreporters Maxim Lewin zu klären: Er wurde von russischen Soldaten gezielt erschossen.

Belarus: Repressionen im Schatten des Krieges

Belarusische Medienschaffende bekamen wegen des russischen Krieges gegen die Ukraine 2022 kaum Aufmerksamkeit. Im Schatten von Moskaus Angriff wurden die seit den gefälschten Präsidentschaftswahlen im August 2020 anhaltenden Repressionen weiter verstärkt. Das Regime von Alexander Lukaschenko unterdrückt unabhängigen Journalismus mit Gesetzen zur Bekämpfung von Extremismus

und Terrorismus. Etwa 500 Medienschaffende sind seit dem Beginn der Proteste aus Belarus geflohen. Mindestens 35 Journalistinnen und Journalisten sind derzeit in Haft – so viele wie in keinem anderen europäischen Land.

Damit sie nicht in Vergessenheit geraten, veröffentlichen wir seit Mai 2022 Fotoporträts aller Inhaftierten. Den Fall von Marina Solotowa haben wir zum Kern einer globalen RSF-Kampagne gemacht: Die frühere Chefredakteurin von tut.by, bis zu den Massenprotesten 2020 das größte unabhängige Medienunternehmen des Landes, wurde im März 2022 zu zwölf Jahren Haft verurteilt. Um das öffentliche Interesse an ihr und allen anderen unrechtmäßig verurteilten Medienschaffenden in Belarus wachzuhalten, erinnern wir 2023 mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen an sie. Geplant ist unter anderem die Aktion »Postkarten für Marina«, um die Journalistin im Gefängnis moralisch zu unterstützen. Den belarusischen Behörden signalisieren wir so, dass sie unter Beobachtung stehen.

IX-FUND: UNTERSTÜTZUNG FÜR EXIL-MEDIEN |

Sie müssen aufenthaltsrechtliche Fragen lösen, neue Geschäftsmodelle entwickeln und Strategien ausarbeiten, um die Menschen in ihren Herkunftsländern zu erreichen: Geflüchtete Medienschaffende aus Russland, der Ukraine und Belarus stehen im Exil vor großen Herausforderungen. Um ihre Arbeit zu unterstützen, haben wir im April 2022 gemeinsam mit der Schöpflin Stiftung und der Rudolf Augstein Stiftung den European Fund for Journalism in Exile (JX Fund) gegründet. Seit seiner Gründung hat der JX Fund neun Medien aus Belarus, sechs Medien aus der Ukraine und 36 Medien aus Russland bei ihrem Neuanfang im Exil unterstützt. Insgesamt 1409 Medienschaffende konnten so in 25 Exilländern ihre Arbeit fortsetzen. Darüber hinaus legte der JX Fund im Dezember 2022 mit The Fix Media und dem Media Center der Stockholm School of Economics die Studie »Rebuilding Russian Media in Exile – Successes, Challenges and the Road Ahead« vor, welche die Arbeit russischer Medien im Exil untersucht. jx-fund.org

SPENDEN FÜR DIE PRESSEFREIHEIT

Spendenkonto

IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80
BIC: BEVODEBB



reporter-ohne-grenzen.de/spenden



Pressefreiheit liegt Ihnen am Herzen?

Spenden Sie jetzt, damit unsere Arbeit noch stärker wirken kann.

Mit Ihrer Spende ermöglichen wir

- die Begleitung und Beratung von Reporterinnen und Bloggern in ihren Heimatländern und im Exil.
- die Unterstützung bei der beruflichen Reintegration oder Hilfe beim Aufbau journalistischer Projekte.
- Medienschaffenden Zugang zu Internet und Telefon, um weiter aus ihrem Land zu berichten.
- Journalistinnen und Journalisten im Exil einen Sprachkurs.
- Prozessbeobachtung und anwaltliche Vertretung für inhaftierte Medienschaffende.
- finanzielle, medizinische und psychologische Unterstützung für Journalistinnen und Journalisten, die aufgrund ihrer Arbeit überfallen und verletzt wurden.
- die Ausreise von Journalistinnen und Journalisten aus Krisenregionen.
- die Förderung von Medien, die wegen Zensur oder Verbot in ihrer Existenz bedroht sind.

Sie können einzeln, gemeinsam, als Unternehmen, Verein oder Zustifter spenden. Wir beraten Sie gerne. Schreiben Sie uns: service@reporter-ohne-grenzen.de

WEBSHOP FÜR DIE PRESSEFREIHEIT

Besuchen Sie unseren RSF-Webshop! Neumitglieder erhalten 10 % Rabatt auf den gesamten Einkauf.



Fotos für die Pressefreiheit 2022

Nur noch wenige Exemplare gibt es von unseren »Fotos für die Pressefreiheit 2022«. In Text und Bild bietet das Fotobuch Einblicke in die Situation in rund 20 Ländern. Es entstand unter dem Eindruck der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021. Das Titelbild zeigt Menschen, die am Flughafen Kabul zurückblieben, nachdem der letzte US-Flieger abgehoben war.



Presse- und Informationsfreiheit verschenken

Mit einer Geschenkspende unterstützen Sie nicht nur aktiv unsere Arbeit, Sie setzen auch ein wichtiges Zeichen für das Menschenrecht auf Pressefreiheit weltweit. Unsere Spendenurkunde ist für jeden Anlass ein wertvolles Geschenk. Zugleich machen Sie damit auf unseren Einsatz für Presse- und Informationsfreiheit weltweit aufmerksam.



RSF-Trinkflasche

Limitierte Stückzahl! Das Motiv unserer RSF-Glastrinkflasche von Soulbottles hat Lena Toschka für uns entworfen. Mit der RSF-Trinkflasche setzen Sie ein starkes Statement für die Pressefreiheit weltweit, reduzieren gleichzeitig Ihren Plastikmüll und fördern faire Arbeitsbedingungen. 200 Glas-Trinkflaschen ersetzen laut Soulbottle 9.000 Plastikflaschen oder 467 Kilogramm Plastik und vermeiden zwei Tonnen CO2.

Im Shop gibt es auch attraktive kombinierte Angebote. Schauen Sie einfach rein (Preise inkl. Versand):

SHOP.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE

MITGLIEDSCHAFT BEI REPORTER OHNE GRENZEN

Unterstützen Sie uns langfristig und kontinuierlich, indem Sie Mitglied bei Reporter ohne Grenzen e. V. werden.

Ab 6,50 Euro pro Monat sind Sie dabei und erhalten

- Pressemitteilungen zur Situation der Medienfreiheit weltweit
- Newsletter mit aktuellen Beispielen unserer Arbeit
- Zugang zu einem speziellen Versicherungspaket für journalistische Auslandseinsätze
- Einladungen zu Pressekonferenzen, Podiumsdiskussionen und Ausstellungen
- jährlich die neue Weltkarte der Pressefreiheit sowie unser jährliches Magazin »Grenzenlos«.

Ermäßigter Beitrag 3,50 Euro pro Monat. Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar.

Als **Vereinsmitglied** sind Sie bei der jährlichen Mitgliederversammlung stimmberechtigt. Als **Fördermitglied** sind Sie nicht stimmberechtigt, haben aber das Recht, Vorschläge zu Aktivitäten des Vereins zu machen und regelmäßig Informationen von diesem zu erhalten, insbesondere über die Verwendung der Einnahmen.

Werden Sie jetzt Mitglied unter reporter-ohne-grenzen.de/mitgliedschaft

»RSF hat mich in Deutschland willkommen geheißen und mir großzügig Raum und Zeit gegeben, um über die vergangenen Jahre in China nachzudenken. Vor allem das Nothilfe-Team unterstützte mich unermüdlich dabei, das Leben in der neuen Wahlheimat zu meistern. Jetzt kann ich mich ohne Angst an sozialen und politischen Projekten beteiligen – mit meiner neu gefundenen Stimme kann ich meine Erfahrungen mit der Welt teilen.« Bürgerjournalistin Li Tingyu berichtete mit ihrem Partner in sozialen Medien über Proteste in China. 2016 wurde das Paar verhaftet. Nach 10 Monaten Haft und drei Jahren Bewährung kam Li 2022 nach Deutschland. 2023 begann sie ein Asylverfahren.



LIEBE UNTERSTÜTZERINNEN UND UNTERSTÜTZER VON RSF.

In Istanbul gibt es wohl nur wenige Orte, an denen ich in den vergangenen Jahren so oft war wie im Justizpalast Çağlayan. Ich habe dort viele Willkürprozesse gegen unabhängige Journalist*innen beobachtet, die wegen ihrer Arbeit zu Haft- und Geldstrafen verurteilt wurden. Doch 2022 begann für mich dort mit einer guten Nachricht: Nach einem mehrjährigen Prozess sprach das Gericht die deutsch-türkische Journalistin Meşale Tolu von den Vorwürfen der Terrorpropaganda und der Mitgliedschaft in einer Terrororganisation frei. Auch wenn ich mich persönlich über den Freispruch gefreut habe: Dieses Willkürverfahren war ein weiterer Beweis für die fehlende Rechtsstaatlichkeit in der Türkei. Zwar sitzen aktuell weniger Medienschaffende in türkischen Gefängnissen als noch vor einigen Jahren, doch viele bleiben durch die harten Auflagen für ihre Haftentlassung geistig eingesperrt. Auch mein hoch geschätzter Kollege, der langjährige RSF-Türkei-Repräsentant Erol Önderoğlu, ist seit mehreren Jahren in einem absurden Gerichtsverfahren dem Vorwurf der Terrorpropaganda ausgesetzt.

Der Fall von Meşale Tolu zeigt, dass sich der Einsatz für Pressefreiheit lohnt, aber manchmal einen sehr langen Atem braucht: RSF hatte Tolus Fall nach ihrer überraschenden Verhaftung im Jahr 2017 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht. Wir verfolgten das ganze Gerichts-

verfahren als Prozessbeobachter, unterstützten sie und ihre Familie während ihrer Haft und ihrer Ausreisesperre. Kurz: Wir haben auch dann weiter hingeschaut, Solidarität gezeigt und praktische Unterstützung geleistet, als die große Medienaufmerksamkeit vorbei war.

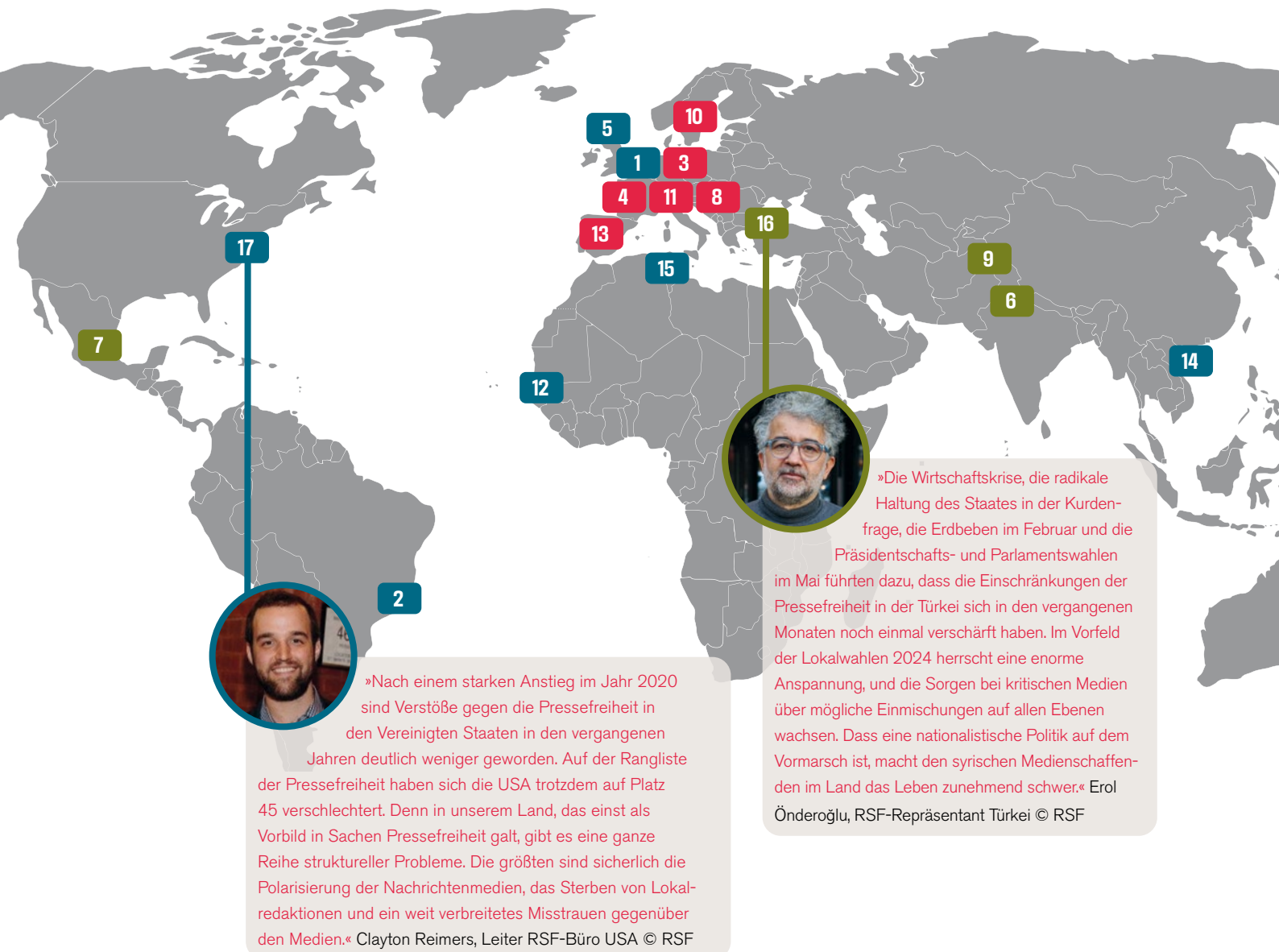
Die Unterstützung von Meşale Tolu, aber auch die Evakuierung von hunderten Medienschaffende und Familienangehörigen aus Afghanistan, die Ausstattung von Medienschaffenden in der Ukraine mit schusssicherer Ausrüstung, die Vergabe von finanziellen Hilfen an Journalistinnen und Journalisten auf allen Kontinenten sowie alle unsere weiteren juristischen und politischen Aktivitäten waren nur möglich dank Ihnen: unseren Mitgliedern, Spenderinnen und Spendern. Sie haben es ermöglicht, dass wir weltweit unabhängig für Pressefreiheit streiten können. Deshalb freue ich mich, dass das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) auch im vergangenen Jahr wieder das Spendensiegel an RSF vergeben und uns einen sorgfältigen sowie verantwortungsvollen Umgang mit den uns anvertrauten Geldern bescheinigt hat.



© epd-bild Laurenz Bostedt

Die Bedrohungen für die Pressefreiheit bleiben auch in diesem Jahr groß. Bleiben Sie uns deshalb bitte, wenn möglich, auch in Zeiten von Inflation und möglicher Rezession gewogen.

Ihr Christian Mihr, Geschäftsführer



»Nach einem starken Anstieg im Jahr 2020 sind Verstöße gegen die Pressefreiheit in den Vereinigten Staaten in den vergangenen Jahren deutlich weniger geworden. Auf der Rangliste der Pressefreiheit haben sich die USA trotzdem auf Platz 45 verschlechtert. Denn in unserem Land, das einst als Vorbild in Sachen Pressefreiheit galt, gibt es eine ganze Reihe struktureller Probleme. Die größten sind sicherlich die Polarisierung der Nachrichtenmedien, das Sterben von Lokalredaktionen und ein weit verbreitetes Misstrauen gegenüber den Medien.« Clayton Reimers, Leiter RSF-Büro USA © RSF



»Die Wirtschaftskrise, die radikale Haltung des Staates in der Kurdenfrage, die Erdbeben im Februar und die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Mai führten dazu, dass die Einschränkungen der Pressefreiheit in der Türkei sich in den vergangenen Monaten noch einmal verschärft haben. Im Vorfeld der Lokalwahlen 2024 herrscht eine enorme Anspannung, und die Sorgen bei kritischen Medien über mögliche Einmischungen auf allen Ebenen wachsen. Dass eine nationalistische Politik auf dem Vormarsch ist, macht den syrischen Medienschaffenden im Land das Leben zunehmend schwer.« Erol Önderoğlu, RSF-Repräsentant Türkei © RSF

Übersicht der Sektionen, Büros und Repräsentanzen weltweit

(Stand: Juli 2023)

- | | |
|---|---|
| 1 Belgien: Büro Brüssel | 9 Pakistan: Repräsentant Islamabad |
| 2 Brasilien: Büro Rio de Janeiro | 10 Schweden: Sektion Stockholm |
| 3 Deutschland: Sektion Berlin | 11 Schweiz: Sektion Genf/Zürich |
| 4 Frankreich: Internationales Sekretariat und französische Sektion Paris | 12 Senegal: Büro Dakar |
| 5 Großbritannien: Büro London | 13 Spanien: Sektion Madrid |
| 6 Indien: Repräsentantin New Delhi | 14 Taiwan: Büro Taipeh |
| 7 Mexiko: Repräsentantin Mexiko City | 15 Tunesien: Büro Tunis |
| 8 Österreich: Sektion Wien | 16 Türkei: Repräsentant Istanbul |
| | 17 USA: Büro Washington, D. C. |

Zusätzlich arbeiten rund 130 Korrespondentinnen und Korrespondenten von Reporter ohne Grenzen in vielen Ländern der Welt.

EMFA – PRESSEFREIHEIT IN DER EU STÄRKEN

Eine neue EU-Initiative für Medienfreiheit setzt richtige Akzente, geht aber noch nicht weit genug. Reporter ohne Grenzen setzt sich für Verbesserungen ein, damit Medienschaffende künftig freier arbeiten können.

Ob in Polen, Ungarn, Griechenland oder Deutschland: Auch innerhalb der Europäischen Union nehmen Medienbesitzerinnen und -besitzer Einfluss auf redaktionelle Inhalte, kämpfen Journalistinnen und Journalisten mit staatlicher Überwachung, verbreiten autoritäre Regime ihre Propaganda. Die Methoden sind verschieden, aber im Ergebnis gleich: Sie beschneiden die Informationsfreiheit der Bevölkerung.

Der Europäische Rechtsakt zur Medienfreiheit (European Media Freedom Act, EMFA) soll helfen. Die geplante EU-Verordnung soll europäische Standards für Pressefreiheit und redaktionelle Unabhängigkeit schaffen. Reporter ohne Grenzen begrüßt die Initiative, die einige Empfehlungen der Organisation aufgreift. Doch es gibt noch viel Verbesserungsbedarf.

Ende 2020 kaufte in Polen der staatlich kontrollierte Ölkonzern Orlen den Verlag Polska Press. Die Regierung hat nun 20 von 24 Regionalzeitungen und rund 500 Online-Portale de facto unter ihrer Kontrolle. In Ungarn ist die regionale Presse seit Sommer 2017 vollständig im Besitz Orbán-freundlicher Unternehmen. In Griechenland erschütterte im Herbst 2022 ein Spionageskandal die Medienszene. Der Geheimdienst hatte mindestens 13 Medienschaffende mit der Spyware Predator überwacht – ein klarer Angriff auf den Quellenschutz.

Vor diesem Hintergrund hat die EU-Kommission im September 2022 einen EMFA-Entwurf vorgelegt. Die ursprüngliche Version erkennt das Recht auf verlässliche Informationen an: Bürgerinnen und Bürger haben demnach das Recht, vielfältige und unabhängige Informationen zu erhalten. Sie legt auch fest, was dafür notwendig ist. So müssen etwa die redaktionelle Unabhängigkeit geschützt, die Medieneigentümerstruktur transparent gemacht und der Einsatz von Spyware gegen Medienschaffende verboten werden.

Der Entwurf beinhaltet viele Vorschläge, die RSF im Gespräch mit den EU-Institutionen eingebracht hat, doch aus Sicht der Organisation reicht er nicht aus. So fehlt die Verpflichtung für große Onlineplattformen, Inhalte aus verlässlichen Quellen



EU-Kommissions-Vizepräsidentin Vera Jourová und EU-Binnenmarkt-Kommissar Thierry Breton informierten im September 2022 auf einer Pressekonferenz in Brüssel über den European Media Freedom Act. © picture alliance / EPA | STEPHANIE LECOCOQ

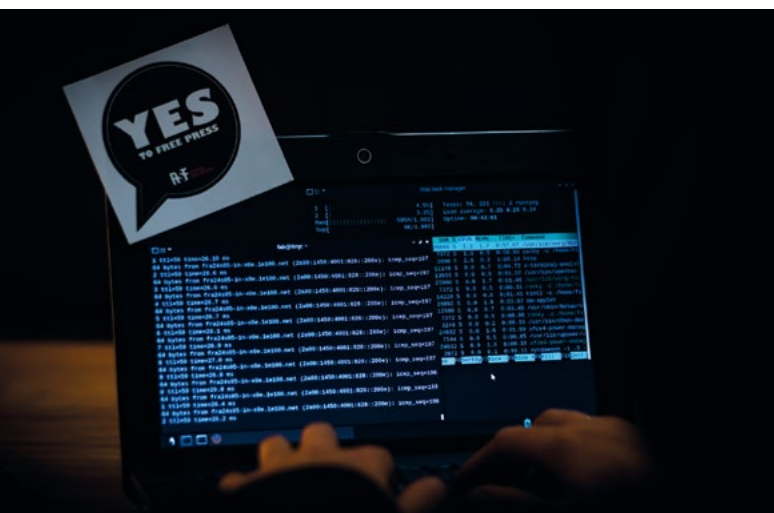
sichtbarer zu machen. In der aktuellen Version des Rats wurden zudem Punkte aufgeweicht und Ausnahmen hinzugefügt. Jetzt (Stand Juli 2023) ist das EU-Parlament am Zug. RSF ruft die Abgeordneten auf, die von der Organisation vorgelegten Änderungsvorschläge in den »Trilog« einzubringen, durch den in den kommenden Monaten der endgültige Gesetzestext festgelegt wird.

REZIPROZITÄT

»Ein Boot leihen, um in See zu stechen« (借船出海) heißt die Methode Pekings, regimefreundliche Inhalte in ausländischen Medien zu platzieren. Das betrifft auch Deutschland. RSF fordert einen klaren rechtlichen Rahmen zum Schutz demokratischer Informationsräume vor Propaganda und Desinformation. Es ist nicht hinnehmbar, dass Länder, die sich abriegeln und keine freien Medien zulassen, zugleich Propaganda und manipulative Inhalte im Ausland verbreiten, etwa über europäische Satelliten. Der EMFA sollte genutzt werden, um einen reziproken (wechselseitigen) Schutzmechanismus einzuführen und Anreize für eine größere Öffnung der Medienmärkte in autoritären Staaten zu schaffen.

ERFOLGREICHE SCHRITTE IM KAMPF GEGEN SPYWARE

Sichere Kommunikation und Quellenschutz sind für Medienschaffende essenziell. Doch die Möglichkeiten zur digitalen Überwachung werden immer ausgefeilter. Mit gerichtlichen Verfahren und einem eigenen digitalforensischen Labor wehren wir uns gegen Pegasus, Predator und Co.



Seit Juli 2022 hat Reporter ohne Grenzen mit dem Digital Security Lab ein eigenes digitalforensisches Labor. © RSF/Fabio Niewelt

Der Internationale Tag der Pressefreiheit, der 3. Mai, ist für Journalistinnen und Journalisten weltweit ein besonderer Tag. In diesem Jahr umso mehr: Am 3. Mai 2023 hat die Staatsanwaltschaft München gegen vier Verantwortliche der FinFisher-Unternehmensgruppe Anklage erhoben. Sie wirft ihnen vor, als damalige Geschäftsführer durch den Verkauf von Überwachungssoftware an Nicht-EU-Länder vorsätzlich gegen Genehmigungspflichten für Dual-Use-Güter verstoßen und sich damit strafbar gemacht zu haben.

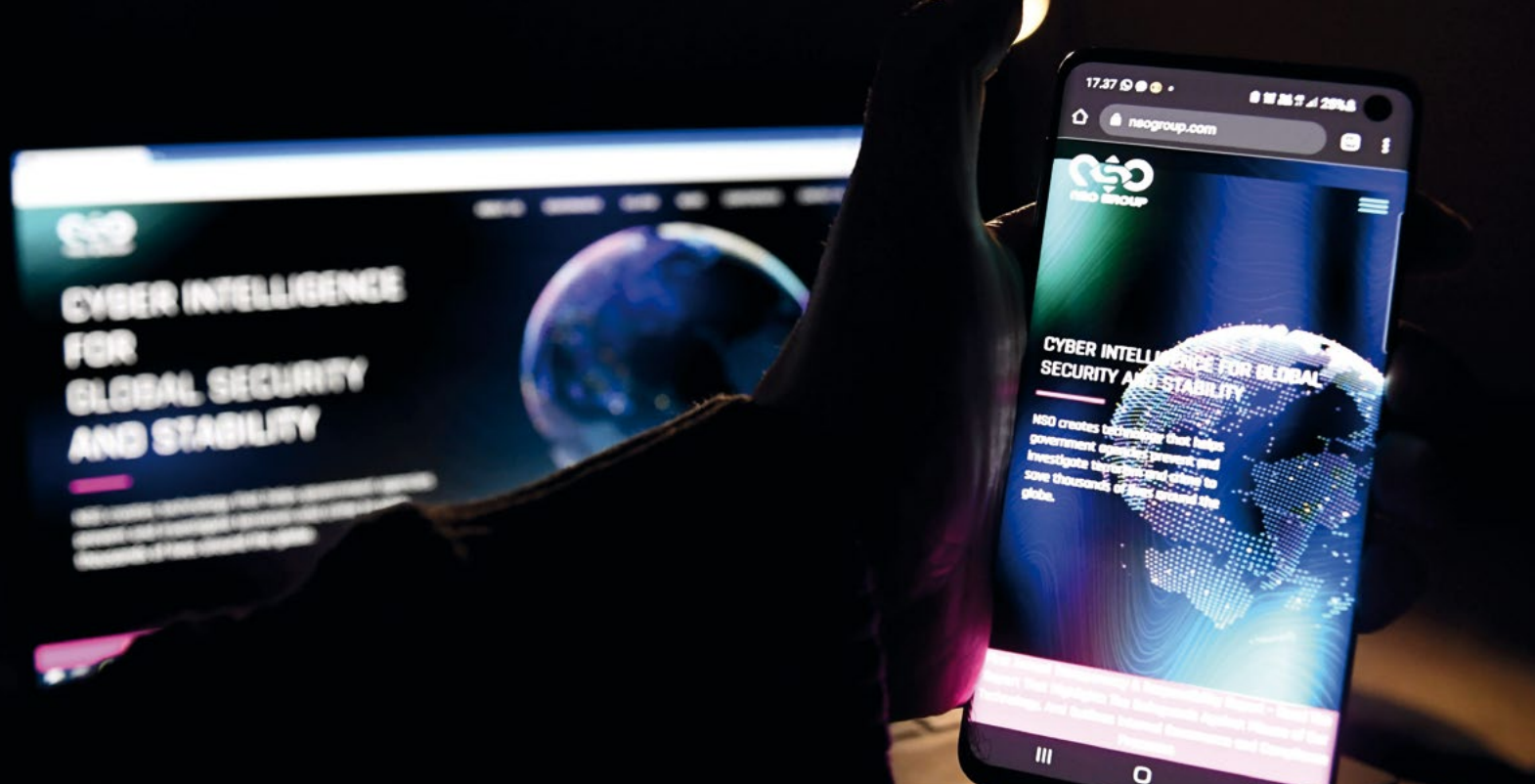
Für uns ist die Anklage ein Erfolg, auf den wir lange hingearbeitet haben: Schon am 5. Juli 2019 haben wir gemeinsam mit Partnerorganisationen Strafanzeige gegen die Geschäftsführer der Firmengruppe erstattet. Zu FinFisher selbst arbeiten wir bereits seit 2013. Verletzungen der Pressefreiheit gehen damals wie heute in vielen Fällen mit dem Einsatz von Überwachungssoftware einher. Für die Betroffenen bedeutet jeder einzelne Fall einen massiven Eingriff in ihre Persönlichkeitsrechte. Vor allem in autoritären Staaten kann

das für Journalistinnen und ihre Quellen, für Aktivist:innen und Oppositionelle dramatische Folgen haben.

Die Enthüllungen des Pegasus-Projekts im Juli 2021 haben das geballte Ausmaß staatlichen Missbrauchs erstmals einer breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt. Hoffnungen, dass dieser Skandal dazu führen könnte, den Sumpf der Überwachung trocken-zulegen, haben sich nicht erfüllt: Im vergangenen Jahr haben Medien aufgedeckt, dass in Griechenland 13 Medienschaffende durch die Spyware Predator digital ausspioniert wurden.

Für Reporter ohne Grenzen ist klar: Es braucht ein Moratorium für den Verkauf, den Export und die Nutzung digitaler Überwachungstechnologien und eine streng regulierte Exportkontrolle. Die Staatstrojaner sind technisch zu mächtig, und während immer mehr über ihren Einsatz gegen Medien bekannt wird, bleiben Konsequenzen gegen involvierte Firmen und Staaten aus – selbst in demokratischen Ländern inmitten der EU. Auch Deutschland muss die Zusammenarbeit mit Überwachungsfirmen einstellen und sich für ein Moratorium aussprechen. Denn deutsche Sicherheitsbehörden nutzen Pegasus bereits, angeblich in einer abgespeckten Version.

Gegen die rechtliche Grundlage für den Einsatz solcher Staatstrojaner durch den Bundesnachrichtendienst (BND) haben wir im April 2023 Verfassungsbeschwerde eingelegt. Jeder Journalist und jede Journalistin, der oder die im Ausland in extremistischen Kreisen recherchiert, könnte durch den BND per Staatstrojaner überwacht werden – und kann sich derzeit auf dem Rechtsweg nicht dagegen wehren. Auch RSF kommuniziert regelmäßig mit ausländischen Journalistinnen, Journalisten und Regierungsstellen. Wir sehen deshalb ein reales Risiko, dass auch Mobiltelefone und Computer unserer Mitarbeitenden vom BND mittels Staatstrojaner ausspioniert werden könnten. Genau das hatte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig jedoch anders gesehen und es im Januar abgelehnt, über unser Anliegen zu entscheiden. Dagegen setzen wir uns vor dem Bundesverfassungsgericht zur Wehr.



Die Webseite des israelischen Spyware-Herstellers NSO-Group. Mit der NSO-Software Pegasus wurden zahlreiche Journalistinnen und Journalisten weltweit überwacht. © picture alliance/dpa/Lehtikuvva | Vesa Moilanen

In einer weiteren, im Dezember 2022 eingereichten Verfassungsbeschwerde wenden wir uns gemeinsam mit der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) sowie Journalistinnen und Menschenrechtsaktivisten auch gegen das reformierte BND-Gesetz. Nach der ersten Beschwerde von RSF und GFF aus dem Jahr 2017 hatte das Bundesverfassungsgericht im Mai 2020 in einem wegweisenden Urteil weite Teile der

Auslandsüberwachung des BND für grundrechtswidrig erklärt. Jedoch wird auch das reformierte BND-Gesetz den Anforderungen aus Karlsruhe nicht gerecht, zudem hat der Gesetzgeber neue verfassungswidrige Regelungen in das Gesetz aufgenommen. Eine weitere Reform des BND-Gesetzes steht aktuell bevor – auch diese werden wir wieder auf Herz und Nieren prüfen.

! DAS DIGITAL SECURITY LAB !

Angesichts der zunehmenden Bedrohung durch digitale Überwachung hat Reporter ohne Grenzen das Digital Security Lab (DSL) gegründet – offizieller Startschuss war im Juli 2022. Das DSL ist ein digitalforensisches Labor und richtet sich an Journalistinnen und Journalisten, die befürchten, dass ihr Telefon oder Computer digital ausgespäht wird, mit Spähsoftware infiziert ist oder dass einer ihrer Accounts übernommen wurde. Interimsleiter des DSL ist Viktor Schlüter.



Wie funktioniert eure Arbeit?

Betroffene kontaktieren uns, wenn sie digital angegriffen wurden oder es einen starken Verdachtsfall gibt. Wenn der Fall unter unser Mandat fällt, analysieren wir, was genau auf dem Gerät passiert ist. Meistens gibt es

einen konkreten Zeitpunkt, der interessant ist. Wir schauen uns an, was zu genau dieser Zeit auf dem Gerät passiert ist, und ziehen daraus Rückschlüsse.

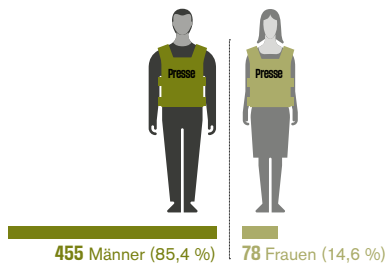
Was macht es so schwierig, Spuren von Spyware zu finden?

Das Problem an digitalen Angriffen ist, dass sie oft kaum Spuren hinterlassen. Ein durch Beschuss beschädigter Pressehelm ist kaum wegzudiskutieren, aber digitale Angriffe geschehen meist im Verborgenen. Moderne Mobiltelefone sind sehr komplexe Computer. Da gibt es theoretisch unzählige Möglichkeiten, sie anzugreifen und Spuren erfolgreicher Angriffe zu verstecken.

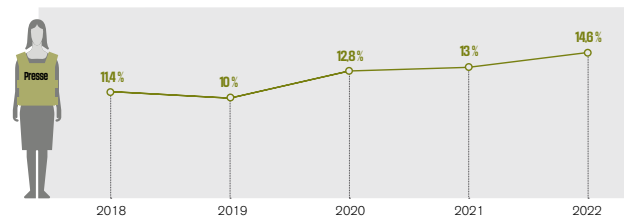
Was haben Medienschaffende von eurer Arbeit, außer die Gewissheit, überwacht worden zu sein?

Manchmal gelingt es uns, die Spuren von Angriffen mit bekannter Spyware in Beziehung bringen. Mit etwas Recherche und Glück lässt sich zeigen, von welchen Servern diese Spyware heruntergeladen wurde, welche Organisation diese Server betreibt und welches Unternehmen oder welcher Staat Angriffe mit der Spyware verübt haben. Es geht darum, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

JAHRESBILANZ UND RANGLISTE DER PRESSEFREIHEIT



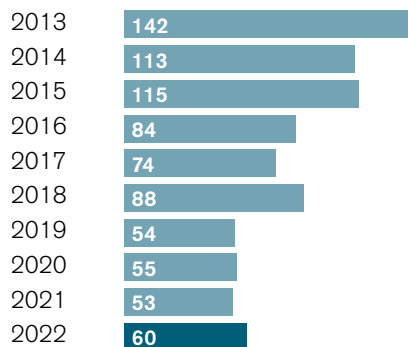
Zum Stichtag 1. Dezember 2022 zählten wir 533 Medienschaffende im Gefängnis – rund 13 Prozent mehr als im Vorjahr und so viele wie noch nie. Mit 110 inhaftierten Medienschaffenden (Rückgang von 127 im Vorjahr) blieb China das größte Gefängnis der Welt für Journalistinnen und Journalisten. Das 2020 verabschiedete Sicherheitsgesetz in Hongkong und die starke Zensur und Überwachung durch die Regierung schränken die journalistische Arbeit stark ein. Es folgten Myanmar (Anstieg von 53 auf 62), der Iran (Anstieg von 16 auf 47), Vietnam (Rückgang von 43 auf 39) und Belarus (Rückgang von 32 auf 31). Der große Anstieg im Iran ist auf die landesweiten Proteste nach dem gewaltsamen Tod von Jina Mahsa Amini im September zurückzuführen, die das Regime mit großer Brutalität zu unterdrücken versucht.



Der Anteil der inhaftierten Journalistinnen ist in den vergangenen fünf Jahren gewachsen: Am 1. Dezember 2023 saßen 78 weibliche Medienschaffende im Gefängnis. 18 mehr als im Vorjahr und so viele wie noch nie.

Mindestens 57 Journalistinnen, Journalisten und andere Medienschaffende wurden weltweit zwischen dem 1. Januar und dem 1. Dezember 2022 in direktem Zusammenhang mit ihrer Arbeit getötet. Rund 65 Prozent von ihnen starben außerhalb von Kriegsgebieten. Die gefährlichsten Länder waren Mexiko (11), die Ukraine (8), Haiti (6) sowie Syrien, der Jemen und Brasilien mit jeweils 3 Getöteten.

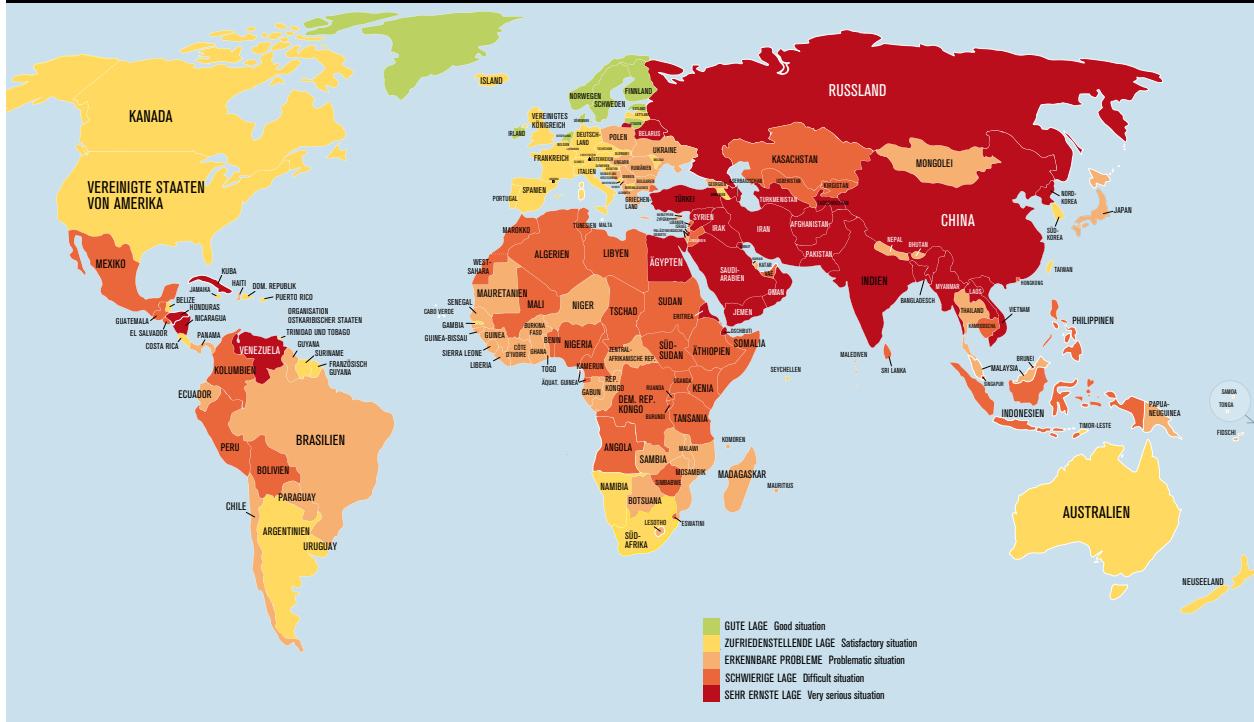
Anzahl der getöteten Medienschaffenden seit 2013*



*inklusive nach Ablauf des jeweiligen Jahres bestätigte Fälle



FREEDOM OF THE PRESS WORLDWIDE 2023



PRESSEFREIHEIT WELTWEIT 2023

Krisen, Kriege und die anhaltende Ausbreitung des Autoritarismus haben dazu geführt, dass die Lage der Pressefreiheit 2022 so instabil war wie seit langem nicht. Das zeigt unsere aktuelle Rangliste der Pressefreiheit, die wir am 3. Mai 2023, dem Internationalen Tag der Pressefreiheit, veröffentlicht haben. Auf den ersten und letzten drei Plätzen der Rangliste gibt es zum ersten Mal seit mehreren Jahren signifikante Veränderungen. Norwegen belegt zum siebten Mal in Folge Platz 1. Erstmals seit langem folgt auf Platz 2 mit Irland ein Land außerhalb Skandinaviens. Damit verdrängt Irland Dänemark auf Platz 3. Die letzten Plätze belegen dieses Mal ausschließlich Regime in Asien: Vietnam (178), China (179) und Nordkorea (180).

Die Rangliste der Pressefreiheit untersucht die Arbeitsbedingungen für Medienschaffende in 180 Staaten und Territorien weltweit. Seit 2022 wird die Rangliste der Pressefreiheit mit einer neuen Methode ermittelt, um die Komplexität der Verhältnisse, die die Pressefreiheit weltweit beeinflussen, besser widerzuspiegeln. Die Rangliste stützt sich seitdem auf fünf Indikatoren: politischer Kontext, rechtlicher Rahmen, wirtschaftlicher Kontext, soziokultureller Kontext und Sicherheit.

Lage der Pressefreiheit weltweit 2023

Gute Lage: 8 Länder

4,4%

Zufriedenstellende Lage: 44 Länder

24,4%

Erkennbare Probleme: 55 Länder

30,6%

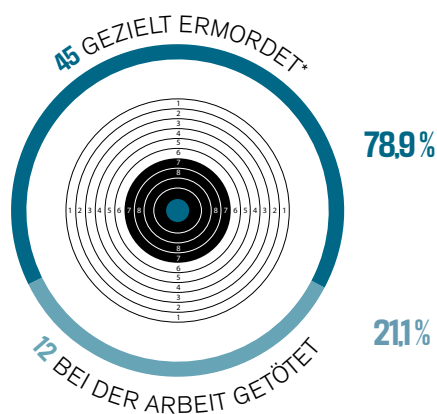
Schwierige Lage: 42 Länder

23,3%

Ernstste Lage: 31 Länder

17,2%

Die Lage der Pressefreiheit ist in 31 Ländern »sehr ernst«, in 42 »schwierig«, in 55 gibt es »erkennbare Probleme«, und in 52 ist die Lage »gut« oder »zufriedenstellend«. Die Arbeitsbedingungen für Medienschaffende sind also in rund 70 Prozent der Länder weltweit nicht unproblematisch, ähnlich wie im Vorjahr. Drei Länder sind 2023 in die schlechteste Kategorie »sehr ernst« abgerutscht: Tadschikistan, Indien und die Türkei.



Fast 80 Prozent der 2022 getöteten Medienschaffenden wurden gezielt ermordet, weil sie zu Themen wie Korruption und organisiertem Verbrechen oder auch zu Protesten recherchierten.

DAS LANGE WARTEN AUF GERECHTIGKEIT

Ende 2004 wurde der gambische RSF-Korrespondent und unabhängige Journalist Deyda Hydara ermordet. Fast 20 Jahre später steht nun in Deutschland ein Tatverdächtiger vor Gericht.

16. Dezember 2004. Die Redaktion der unabhängigen gambischen Zeitung The Point feiert an diesem Abend ihr 13-jähriges Bestehen. Um kurz nach 21 Uhr will der Herausgeber, AFP-Journalist und RSF-Korrespondent Deyda Hydara nach Hause fahren. Er bietet zwei Mitarbeiterinnen an, sie mitzunehmen. Alle drei steigen in Hydras Auto und machen sich auf den Weg durch die dunklen Straßen der Hauptstadt Banjul. Nach einiger Zeit folgt ihnen ein Wagen ohne Nummernschilder, Deyda Hydara will ihn passieren lassen. Dann fallen Schüsse. Der Journalist wird in den Kopf getroffen und stirbt sofort. Seine beiden Mitarbeiterinnen werden ebenfalls getroffen, überleben den Anschlag aber.

Hydara hatte in seinen Kolumnen immer wieder die Politik des damaligen Langzeit-Diktators Yahya Jammeh angeprangert und kurz vor seinem Tod die neuen repressiven Pressegesetze kritisiert. Danach erhielt er Morddrohungen. Reporter ohne Grenzen hat nach seinem Tod die Umstände recherchiert und zwei Untersuchungsberichte veröffentlicht. Die Regierung

versprach Aufklärung, doch erst 2017 wurde ein Beteiligter in Gambia gefasst.

Strafverfolgung nach dem Weltrechtsprinzip

März 2021. Die Polizei nimmt in Hannover den ehemaligen gambischen Soldaten Bai L. fest. Ihm werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Mord und versuchter Mord vorgeworfen. Unter anderem soll er das Tat-Auto im Fall Hydara gefahren haben. Seit April 2022 läuft am Oberlandesgericht Celle ein Prozess gegen ihn nach dem Weltrechtsprinzip. Es ermöglicht die Untersuchung und Verfolgung schwerster Verbrechen nach dem Völkerrecht, unabhängig vom Ort der Tat und unabhängig von der Staatsangehörigkeit Beschuldigter oder Opfer. Zeuge und Nebenkläger ist der Sohn des Getöteten, Baba Hydara, heute selbst Journalist in Gambia.

Reporter ohne Grenzen hat den Prozess aufmerksam beobachtet und immer wieder vor Ort begleitet. Mit einem Urteil wird im Herbst gerechnet. Dem Angeklagten Bai L. droht eine lebenslange Freiheitsstrafe.



Baba Hydara (2. v. l.), selbst Journalist, kam nach Celle, um Gerechtigkeit für seinen Vater Deyda Hydara zu fordern. © RSF

Was bedeutet dieser Prozess in Deutschland für die Menschen in Gambia?

Baba Hydara: Für die Menschen bedeutet dies endlich Gerechtigkeit. Mein Vater wurde kaltblütig ermordet, weil er sich als Journalist für die Belange der gambischen Öffentlichkeit eingesetzt hat. Mein Vater war Gambier, daher sehen es alle Menschen meines Landes als ein Zeichen, dass sich die deutsche Justiz für ihren Wunsch nach Gerechtigkeit einsetzt – die deutsche Regierung als Verteidigerin der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit. Dass ein

Verdächtiger in Deutschland festgenommen und angeklagt wurde, gibt ihnen den Glauben daran zurück, dass auf jedes Verbrechen gegen die Menschlichkeit noch Gerechtigkeit geübt werden kann. Insbesondere bei den Menschenrechtsverletzungen des Ex-Präsidenten Yahya Jammeh, der den Mord an meinem Vater in Auftrag gegeben hatte.

Was bedeutet das Verfahren für Sie persönlich?

Gott hat unsere Gebete um Gerechtigkeit erhört. Mein Vater wurde ermordet, weil er seine Arbeit als Journalist gemacht hat, die Demokratie verteidigt und dem Volk gedient hat. Für mich wird ein Traum wahr, dass endlich einer der Mörder meines Vaters seine gerechte Strafe bekommt.

Wird das Urteil Auswirkungen auf die Pressefreiheit in Gambia haben?

Das Urteil wird das Vertrauen im Land stärken, dass Medien, Journalistinnen und Journalisten ihrer Arbeit nachgehen können innerhalb der in der Verfassung garantierten Rechte. Es zeigt: Die Pressefreiheit wird im Interesse der Öffentlichkeit verteidigt – in Gambia und überall.

ANWÄLTE DER PRESSEFREIHEIT

Um Medienschaffende zu stärken oder Straflosigkeit nach Verbrechen gegen sie zu verhindern, beschreiten wir auch juristische Wege – im Rahmen der sogenannten strategischen Prozessführung.

Die Journalisten Ronen Steinke, Henrik Rampe und Jörg Poppendieck telefonierten für Beiträge über die Letzte Generation mehrmals über deren Pressetelefon mit den Klimaaktivistinnen und -aktivisten – und jedes Mal hörte wohl die Polizei mit. Der Anschluss wurde im Rahmen von Ermittlungen gegen die Gruppe ab Herbst 2022 sechs Monate lang überwacht. In zahlreichen Fällen verletzen die Ermittlungsbehörden so mutmaßlich den journalistischen Quellenschutz. Das wollen wir nicht hinnehmen und koordinierten deshalb gemeinsam mit der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF) im Juli 2023 Anträge der Journalisten beim Amtsgericht München. Dieses muss nun überprüfen, ob es verhältnismäßig und damit rechtmäßig war, ihre Gespräche mit der Letzten Generation mitzuhören.

Um die Pressefreiheit zu stärken und Straflosigkeit nach Verbrechen gegen Medienschaffende zu verhindern, beschreiten wir immer wieder den juristischen Weg der sogenannten strategischen Prozessführung. Damit wollen wir einerseits rechtliche Fragen anhand von Einzelfällen klären und andererseits die Öffentlichkeit auf die rechtlichen, gesellschaftlichen und politischen Dimensionen der Einschränkung von Grund- und Menschenrechten aufmerksam machen. Beim BND-Gesetz ist uns das in Teilen geglückt: Nach dem von uns erwirkten Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Mai 2020, das weite Teile der Auslandsüberwachung durch den Bundesnachrichtendienst für verfassungswidrig erklärte, musste der Gesetzgeber nachbessern. Allerdings sind Journalistinnen und Journalisten auch durch das reformierte Gesetz nicht ausreichend geschützt. Deshalb legten wir im Dezember 2022 zusammen mit der GFF eine zweite Verfassungsbeschwerde ein.

Nach Straftaten gegen Medienschaffende oder auf Kosten der Pressefreiheit fordern wir Aufklärung ein, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Dies tun wir durch Strafanzeigen bei nationalen Strafverfolgungsbehörden, aber auch beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag. Im Frühjahr 2022 reichten wir wegen Verbrechen, die die russischen Streitkräfte mutmaßlich in der Ukraine begangen haben, mehrere Strafanzeigen beim IStGH ein. Es geht dabei um Fälle, in denen Journalistinnen, Journalisten und Medienteams von Bombardierungen getroffen oder absichtlich beschossen wurden, sowie um mehrere Angriffe auf Fernsehtürme.



Zahlreiche Journalistengespräche mit der Klimaschutzgruppe Letzte Generation wurden mutmaßlich von Ermittlungsbehörden mitgehört. Wir unterstützen drei Betroffene bei juristischen Schritten. © picture alliance/dpa | Christoph Soeder

Neben denen, die unmittelbar an Straftaten wie Tötung, Verfolgung oder Verschwindenlassen beteiligt sind, müssen auch jene mit Strafverfolgung rechnen, die die Verfolgung von Journalistinnen und Journalisten erst ermöglichen, etwa durch den illegalen Export von Spionagesoftware. Bereits 2019 hatten wir mit anderen Organisationen gegen die Geschäftsführer der Unternehmen FinFisher GmbH, FinFisher Labs GmbH und Elaman GmbH wegen des Verkaufs von Spyware an die Türkei Strafanzeige erstattet. Am 3. Mai 2023 erhob die Staatsanwaltschaft München Anklage – hier zeigte sich wieder einmal, dass bei strategischer Prozessführung ein langer Atem zum Erfolg führen kann.

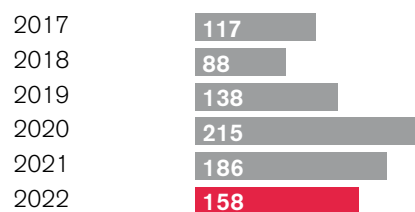
Staaten haben auch die Pflicht, gegen die Verbreitung von Desinformation und Hass vorzugehen, die vor allem im Netz schnell und schwer kontrollierbar zu Einschüchterung und Selbstzensur führen können und den Zugang der Zivilgesellschaft zu verlässlichen Informationen beeinträchtigen. Im Dezember 2022 erreichten wir, dass der europäische Satellitenbetreiber Eutelsat die Ausstrahlung dreier russischer Propagandakanäle einstellt. Nachdem die französische Medienaufsicht Arcom sich zunächst für nicht zuständig erklärt hatte, zogen wir vor den Conseil d'Etat, das höchste Verwaltungsgericht in Frankreich. Auf dessen Anweisung hin untersagte die Medienaufsicht Eutelsat schließlich die weitere Verbreitung von Rossija 1, Perwyj Kanal and NTV – ein Sieg für das Recht der Menschen in Europa auf unabhängige Information.

REPORTER OHNE GRENZEN IN DEN MEDIEN



Ob zu den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Arbeitsbedingungen von Medienschaffenden in der Ukraine und in Russland selbst, zum Wiederanstieg der Festnahmen in der Türkei oder zum anhaltenden Kampf von Wikileaks-Gründer Julian Assange gegen seine Auslieferung an die USA: Auch 2022 war unsere Expertise zu zahlreichen Themen gefragt. 22.529 Mal wurden wir in Online- und Printmedien, Nachrichtenagenturen, Fernsehen sowie Hörfunk erwähnt, im Schnitt 1877 Mal pro Monat. Wir verschickten 158 Pressemitteilungen zur Lage der Pressefreiheit in 34 Ländern sowie 53 Newsletter. Auch veröffentlichten wir zehn neue Folgen unseres Podcasts Pressefreiheit Grenzenlos – hier mit unserer philippinischen Stipendiatin Ana P. Santos.

Anzahl versendete Pressemitteilungen

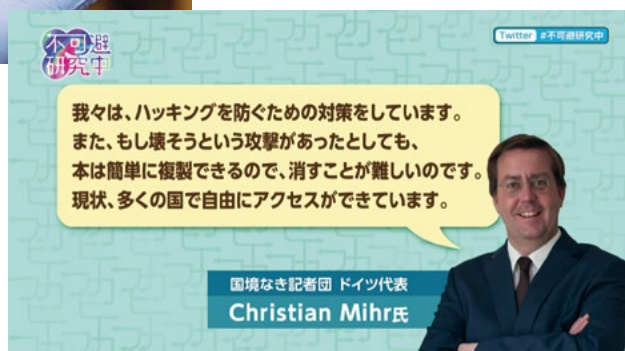


Top-Länder versendete Pressemitteilungen



Webseite

1.720.733 Menschen haben 2022 unsere Webseite besucht. Neben Themenberichten, Länderprofilen, Biografien von Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie im Schnitt drei Pressemitteilungen pro Woche veröffentlichten wir dort auch eine exklusive RSF-Recherche über die Tötung des ukrainischen Journalisten Maxim Levin durch die russische Armee.



Social Media

Auf unseren Social-Media-Kanälen bauten wir unsere Reichweite erneut deutlich aus: 2022 erhielt unsere Facebook-Seite 608 und unser Twitter-Account 1.728 zusätzliche Followerinnen und Follower. Besonders groß war der Zuwachs bei unserem Instagram-Account mit 5.335 neuen Followerinnen und Followern (26 Prozent plus im Vergleich zum Vorjahr), bei Youtube mit 440 zusätzlichen Abonnentinnen und Abonnenten (21 Prozent) und ganz besonders auf LinkedIn mit 833 Followerinnen und Followern (plus 81 Prozent).



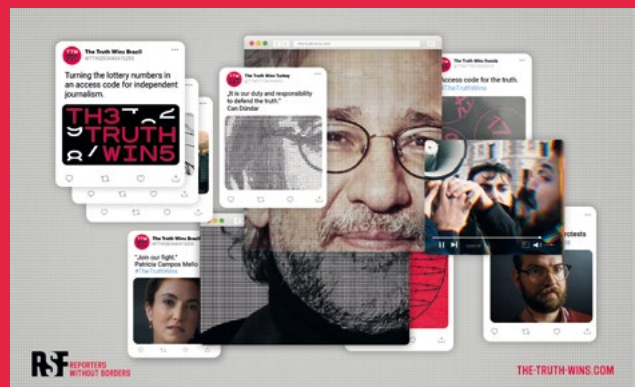
Am Welttag der Pressefreiheit, dem 3. Mai, feiern wir jährlich die Buchpremiere unseres Fotobuchs »Fotos für die Pressefreiheit« im Maxim-Gorki-Theater in Berlin. 2022 diskutierten wir mit Johanna Maria Fritz, Abdulhaq Omeri und Shikiba Babori über Pressefreiheit in Afghanistan (Seite 8). © Gregor Matthias Zielke



Ein Jahr nachdem Medien die umfangreiche Überwachung von Menschenrechtlern, Politikerinnen und Journalisten mit der Spyware Pegasus aufgedeckt hatten, stellten wir unser neues Digital Security Lab vor. Mit dem digitalforensischen Labor wollen wir Medienschaffenden helfen, sich vor digitaler Überwachung zu schützen (Seite 13). © RSF



Zum vierten Todestag des saudi-arabischen Journalisten Jamal Khashoggi starteten wir eine deutschlandweite Plakataktion. Mit Original-Zitaten aus den Tonaufnahmen seiner Ermordung am 2. Oktober 2018 warben wir für ein »wahrhaftiges Sounderlebnis Saudi-Arabiens«. Doch der QR-Code führt nicht, wie man meinen könnte, zu kostenlosen Kopfhörern, sondern zu einem Aufklärungs-video über den Mord. © RSF



Unsere Kampagne #TheTruthWins, die wir zum Tag gegen Internetzensur am 12. März starteten, wurde mit dem NRW-Medienpreis für entwicklungspolitisches Engagement ausgezeichnet. Die Kampagne verwandelte die nationalen Lottozahlen in Russland, der Türkei und Brasilien in Form von Twitter-Accounts in einen Zugangscodes für unabhängigen Journalismus und machte so auf die Auswirkungen von Internetzensur aufmerksam.



In unserer einwöchigen Ausstellung »Vestigios/Spuren« brachte uns der mexikanische Fotograf Félix Márquez die Geschichten ermordeter Medienschaffender aus seiner Heimat Veracruz näher. Durch Fotos sowie eine Sammlung von persönlichen Gegenständen der Getöteten gab er uns einen Einblick in ihre Arbeit, ihr Leben und ihre Persönlichkeit. © RSF



Die Situation der Pressefreiheit in Katar sollte alle Fußballfans beunruhigen – wo die Freiheit der Medien eingeschränkt ist, werden auch andere Menschenrechte verletzt. Um die Aufmerksamkeit der Fußball-Weltmeisterschaft der Herren zu nutzen, legten wir im November und Dezember Bierdeckel in Berliner Kneipen aus und regten so Gespräche über Sport und Pressefreiheit an. © RSF



Teilnehmende des Berliner Stipendienprogramms 2022: Helena Bertho aus Brasilien, Rose Bukirwa aus Uganda, Juan Gómez aus Kolumbien, Ana P. Santos von den Philippinen, Safina Nabi aus Indien © RSF

NOTHILFE UND STIPENDIEN

Afghanistan – Ukraine – Russland – Iran: Das Team Nothilfe und Stipendien leistet Beistand für bedrohte Medienschaffende in einer Zeit, in der internationale Krisen Schlag auf Schlag aufeinander folgen. Das Jahr 2022 zeigte erneut: Unser krisenerprobtes Berliner Team ist für verfolgte Medienschaffende ein verlässlicher Ansprechpartner, stellt flexible Hilfsprogramme bereit und ist in der Lage, schnell und unbürokratisch zu handeln. Hier die Höhepunkte eines bewegenden Jahres:

Januar: Fünf Monate nach Machtübernahme der Taliban ist ein Großteil der von unserem Team betreuten afghanischen Medienschaffenden erfolgreich evakuiert worden. Auch die Prozesse mit den deutschen Behörden laufen zunehmend reibungslos. Vorübergehend können gefährdete afghanische Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger mit deutscher Aufnahmezusage und gültigen Personaldokumenten auch ohne Pass nach Pakistan einreisen. Die Bundesregierung unterstützt die Unterbringung in Islamabad sowie die Visumserteilung und Weiterreise nach Deutschland – für uns eine große Entlastung.

Februar: Ein Bescheid über die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft wird an eine Asylunterkunft in Niedersachsen zugestellt. Die Empfängerin: eine vielfach ausgezeichnete Journalistin aus Burundi.

Nach Jahren der mutigen Arbeit aus Nachbarländern, die nur bedingt Schutz gewähren können, blieb ihr nur noch der Weg ins deutsche Exil. RSF unterstützt in solchen Einzelfällen mit Beratung, finanzieller Beteiligung an den Rechtskosten sowie einer Stellungnahme zur individuellen Bedrohung und der Lage der Pressefreiheit vor Ort.

März: Eine Lieferung von Schutzwesten und Helmen trifft in Lwiw und Kyjiw ein. Im von RSF in Lwiw gegründeten Press Freedom Center erhalten ukrainische Medienschaffende Schutzausrüstung und Trainings, ausländische Medien werden mit Infrastruktur unterstützt. Zusätzlich koordinieren wir mit unserer Partnerorganisation vor Ort, dem Institut für Masseninformation (IMI), »emergency grants« für 32 Medien und 104 Medienschaffende, um ihnen die Weiterarbeit unter Ausnahmebedingungen zu ermöglichen.

April: Vier Journalistinnen und Journalisten aus China, Kirgistan, Mexiko und Serbien werden unter mehreren hundert Bewerbungen ausgewählt, um für sechs Monate nach Berlin zu reisen. Zwei von ihnen können eine Auszeit von der belastenden Arbeit in ihren Heimatländern nehmen: Diese »Rest & Refuge Fellowships« schreiben wir in langjähriger Partnerschaft mit der taz Panter Stiftung aus. Dank einer großzügigen Privatspende können wir 2022 ein weiteres Recherchestipendium vergeben: Mit 75.000 Euro finanziert RSF-Kuratoriumsmitglied Jan-Eric Peters ein neues Programm für im digitalen Raum bedrohte Medienschaffende. Doch dann ein enttäuschender Rückschlag: Ein Stipendiat muss noch am Flughafen umkehren, sein Heimatland verweigert ihm die Ausreise. Aus dem geplanten Berlinaufenthalt wird eine Nothilfe-Unterstützung zur Relocation an einen sicheren Ort.

Mai: RSF-Einzelfallhilfen unterstützen von jeher auch Journalistinnen und Journalisten im Gefängnis sowie ihre Familien. Seit dem 20. April ist im Irak die freie deutsche Journalistin Marlene Förster inhaftiert, zunächst ohne Zugang zu Rechts- oder Botenschaftsvertretung. Zusammen mit einem slowenischen Kollegen hatte sie im Nordirak zur jesidischen Minderheit recherchiert, die irakischen Behörden werfen ihr »Terrorunterstützung« vor. RSF setzt sich in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt dafür ein, dass Anwälte Zugang zur Journalistin bekommen. Am 17. Mai kommt Marlene Förster unverhofft frei und wird nach Deutschland abgeschoben.

Juni: Damit kritische russische Medien nicht ganz verstummen, werden in Deutschland und Europa Strukturen für das Publizieren aus dem Exil aufgebaut. RSF gründet zusammen mit der Schöpflin Stiftung und der Rudolf Augstein Stiftung den JX Fund für Journalismus im Exil. Spenden und Hilfsbereitschaft können so gebündelt werden. Ende Mai verkündet Bundesinnenministerin Nancy Faeser, dass die humanitäre Aufnahme bedrohter russischer Medienschaffender im

politischen Interesse Deutschlands liege. Das Nothilfe-Team beginnt, Vorschlagslisten für eine potenzielle Aufnahme zu erstellen. Bis Ende 2022 erhalten 87 russische Medienschaffende und 46 Familienmitglieder dank unserer Hilfe einen dreijährigen Schutz- und Arbeitsaufenthalt in Deutschland, der die sofortige journalistische Weiterarbeit ermöglicht.

Juli: Über die erste Morddrohung, die sie erhielt, konnte Ana P. Santos noch lachen. Die philippinische Journalistin publiziert zu den sensiblen Themen Arbeitsmigration, reproduktive Gesundheit und sexualisierte Gewalt. Als die digitalen Angriffe jedoch immer massiver werden und sogar Fotos von ihrem Kind im Netz auftau-

»Dieses Programm hat mir so viel gegeben, aber das Wertvollste war die Zeit. Ich konnte Dinge tun, für die ich wegen der Arbeit keine Zeit hatte oder von denen ich sogar vergessen hatte, wie wichtig sie für die geistige Gesundheit sind. Ich genoss meine langen Spaziergänge in Berliner Parks, das Laufen am See oder das Radfahren in den Straßen Berlins. Ich konnte aufatmen, weil es sich um eine Stadt in einer demokratischen Gesellschaft handelt, die alle Menschen und ihre Unterschiede willkommen heißt und respektiert, was in dem autokratischen Regime Serbiens nicht der Fall ist. Danke, Berlin!«

Dragana Pećo ist investigative Journalistin in Serbien für das Online-Medium KRIK. Sie recherchiert für das globale Journalismusnetzwerk OCCRP und bildet andere Medienschaffende darin aus, der Spur des Geldes zu folgen. Sie hat an wichtigen internationalen Journalismusprojekten wie Suisse Secrets und Pandora Papers mitgewirkt. Aufgrund ihrer Arbeit hat sie in den sozialen Medien Morddrohungen erhalten und war das Ziel einer Verleumdungskampagne einer regierungsfreundlichen Boulevardzeitung. Mehrere einflussreiche Akteure erhoben Klagen gegen sie. 2022 kam sie als Auszeitstipendiatin nach Berlin.



UNTERSTÜTZTE JOURNALISTINNEN UND JOURNALISTEN NACH LAND/REGION (finanzielle und administrative Hilfen)

RSF deutsche Sektion: 181 unterstützte Journalistinnen und Journalisten

(mit humanitären Aufnahmen Russland)

Afghanistan: 36

Türkei: 11

Belarus, Syrien: je 6

Russland: 5 (plus 87 humanitäre Aufnahmen)

Ägypten: 3

Aserbaidtschan, China, El Salvador, Indien, Irak,

Kolumbien, Pakistan, Somalia: je 2

Bangladesch, Brasilien, Burundi, Deutschland,

Guatemala, Jemen, Kirgistan, Mexiko, Philippinen,

Serbien, Uganda: je 1

RSF internationales Sekretariat: 413 unterstützte Journalistinnen und Journalisten

Afghanistan: 176

Russland: 73

Myanmar: 19

Belarus, Syrien: je 16

China: 12

Iran: 11

Demokratische Republik Kongo: 8

Kuba, Irak: je 6

Uganda, Ukraine, Jemen, Simbabwe: je 5

Kolumbien, Hongkong: je 4

Ägypten, Indien: je 3

Äthiopien, Honduras, Kasachstan, Libanon, Mali,

Malta, Mexiko, Palästina, Zentralafrikanische Republik,

Togo, Türkei: je 2

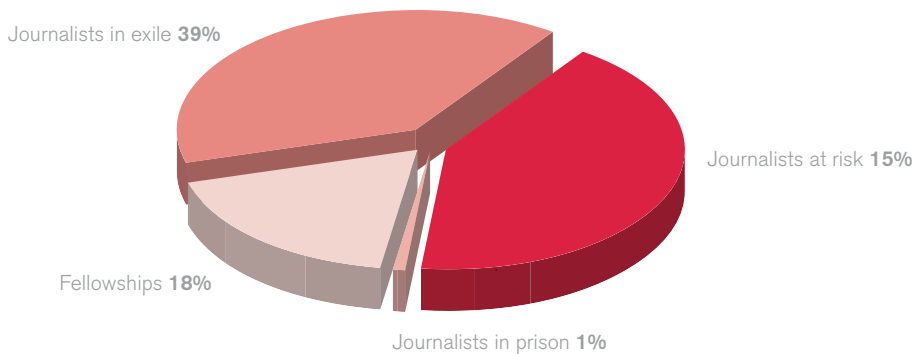
Brasilien, Burundi, Kamerun, Frankreich, Griechenland,

Guinea, Haiti, Montenegro, Nicaragua, Pakistan,

Senegal, Slowenien, Sri Lanka, Eswatini: je 1

Zusätzlich erhielten im ersten Kriegsjahr 129 ukrainische Medienschaffende Arbeitsstipendien.

ART DER DIREKT GELEISTETEN FINANZIERUNGEN: Direkte Hilfen 186.967 Euro*



* Inklusive Überbrückungsleistungen 248.850 Euro. Wir haben uns entschieden, diese eher immateriellen Hilfen nicht mehr als Teil der Finanzierungen darzustellen. Hierdurch erscheint das Nothilfe-Budget geringer als das Vorjahresbudget.

chen, bewirbt sie sich beim Berliner Stipendienprogramm zur Stärkung von Journalist*innen im digitalen Raum. Mit ihr reisen 2022 weitere elf Medienschaffende aus Ägypten, Brasilien, El Salvador, Indien, Kolumbien, Somalia, der Türkei und Uganda nach Berlin – die erste vollbesetzte Runde von Trainings, die nach den Covid-Einschränkungen wieder möglich ist. Ziel des von der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe geförderten Programms ist es, bedrohten Medienschaffenden eine Atempause zu ermöglichen und sie in digitaler Selbstverteidigung weiterzubilden. Nach ihrer Rückkehr geben die Fellows ihr Wissen an gefährdete Kolleginnen und Kollegen weiter.

August: Ein Jahr ist vergangen, seitdem die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan den Zusammenbruch der diversesten Medienlandschaft der Region nach sich zog. Nach den Ad-hoc-Evakuierungen im August 2021 unterstützt das Nothilfe-Team im Folgejahr 72 weitere Medienschaffende und ihre Familien dabei, nach Deutschland zu kommen – insgesamt über 400 Personen. Unsere Auswertung zum Jahrestag zeigt, dass nur 20 Prozent mithilfe der deutschen Regierung das Land verließen. 72 Prozent waren auf zivilgesellschaftliche Hilfe angewiesen oder flohen eigenständig in Drittländer. Die Mehrzahl möchte in Deutschland in ihrem Beruf weiter tätig sein, aber sieht

sich mit enormen Hürden konfrontiert. Unser Afghanistan-Team lädt deswegen zum regelmäßigen digitalen Stammtisch ein, um auf Dari und Paschtu mit Gästen über Themen wie Integration in Deutschland, Journalismus im Exil, psychische und mentale Gesundheit oder Familienzusammenführung aufzuklären und zu diskutieren.

September: Die humanitäre Aufnahme russischer Medienschaffender verläuft nach einem holprigen Start mittlerweile reibungslos. Gefährdete Kolleginnen und Kollegen aus Belarus fallen jedoch bei vergleichbarer Lage nicht unter das Schutzprogramm. Kritische belarusische Redaktionen mussten bereits 2020 fliehen, suchten in der Ukraine Schutz und werden nun erneut vertrieben. Schengenvisa bieten nur eine Übergangslösung für drei Monate. Gemeinsam mit MiCT (Media in Cooperation and Transition) initiiert der JX Fund das Stipendienprogramm »Critical Voices«, gefördert von der Staatsministerin für Kultur und Medien. 45 Medienschaffende aus Belarus und Russland können so vorübergehend ihre Arbeit in Deutschland fortsetzen. Das RSF-Nothilfe-Team berät bei der Umsetzung des Programms sowie zur individuellen aufenthalts- und sozialrechtlichen Situation.



»Nachdem ich nach Somalia zurückgekehrt war, dachte ich, mein neu erlerntes und angewandtes Wissen aus dem Berliner Stipendienprogramm würde mich umfassend schützen. Doch kurze Zeit später wurden diverse Accounts unserer Redaktion gehackt. Während es mir gelungen ist, die E-Mail- und YouTube Accounts wieder herzustellen, musste und konnte ich zum Glück auf die Hilfe des RSF-Teams bei der Wiederherstellung der Social-Media-Accounts zurückgreifen und kann so die wichtige Arbeit des ersten weiblich geführten Medienhauses in Somalia weiterführen.« Nasro Abdirizak Ahmed hat in Somalia die NGO Woman in Media Initiative Somalia (WIMISOM) aufgebaut und leitet diese. Außerdem hat sie das Milgo Media Network (MMN) gegründet, das einen Radio- und Fernsehsender sowie eine Social-Media-Plattform betreibt. Die Journalistin war 2022 Teilnehmerin des Berliner Stipendienprogramms zur Stärkung von Journalist*innen im digitalen Raum.

Oktober: Bereits 2021 gelang es uns gemeinsam mit dem Syrian Center for Media and Freedom of Expression, elf hoch gefährdete Medienschaffende mit ihren Angehörigen aus der umkämpften Region Idlib nach Deutschland zu bringen. Nun betreut unser Nothilfe-Team einen zwölften Journalisten aus dieser Gruppe, der aus medizinischen Gründen zuvor das Land nicht verlassen konnte und es nun in die Türkei geschafft hat. Zunehmend erreichen uns Hilferufe syrischer Medienschaffender, die aus dem türkischen Exil weiterarbeiten, dort aber über Geheimdienste und bewaffnete Gruppen weiter gefährdet sind und von Abschiebung bedroht werden. Gleichzeitig wird durch die erstarkenden Proteste im Iran deutlich, dass auch in die Türkei geflohene iranische Journalistinnen und Journalisten dort nicht länger sicher sein werden.

November: Ein Jahr nach Antritt der Ampelregierung geht das im Koalitionsvertrag angekündigte Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan an den Start. Zwei Wochen nach offizieller Ankündigung herrscht heilloses Kommunikationschaos. Das Nothilfe-Team sieht sich gezwungen, Anfang November das Hilfsformular wieder aus dem Netz zu nehmen. Innerhalb von zehn Tagen sind mehr als 12.000 Registrierungen und 3.700 Anträge bei uns eingegangen. Hinzu

kommen hunderte E-Mails, Social-Media-Nachrichten und Anrufe. Fazit zu Jahresende: In der aktuellen Form wird das Programm akut gefährdete Medienschaffende nicht erreichen. Auch Journalistinnen und Journalisten, die nach der Flucht vor den Taliban in Drittstaaten festsitzen, müssen im Aufnahmeprogramm berücksichtigt oder mittels humanitärer Visa in Deutschland aufgenommen werden.

Dezember: Bis Ende des Jahres hat das Berliner Nothilfe-Team 181 Journalistinnen und Journalisten aus 25 Ländern unterstützt – und das nicht nur finanziell: Unsere Stipendienprogramme wurden nach pandemiebedingter Pause gestärkt und

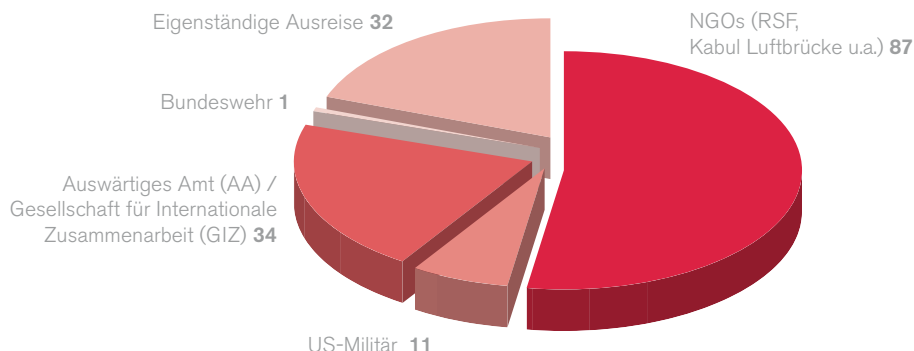
»Im Jahr 2022 erhielten einige der Echo-Journalisten mit Hilfe von Reporter ohne Grenzen nationale Visa und Visa für freie Mitarbeitende und konnten so in Deutschland in Sicherheit weiterarbeiten. Bis heute arbeiten wir jedoch daran, dies einigen von unseren Journalistinnen und Journalisten, die in Russland zurückgeblieben sind, ebenso zu ermöglichen. Dank der sehr wertvollen und vor allem rechtzeitigen finanziellen Unterstützung des JX Fund konnte unser Projekt neu gestartet werden und es war uns möglich, die Echo-App und die neue Webseite zu entwickeln.« Maxim Kurnikov ist russischer Journalist und Medienmanager. Er ist ehemaliger stellvertretender Chefredakteur des Radiosenders Echo Moskwj. Nach der Schließung von Echo Moskwj im März 2022 setzte Kurnikov seine journalistische Tätigkeit in Deutschland fort, wo er leitender Redakteur der russischsprachigen Bild-Redaktion und Chefredakteur des im Oktober 2022 neu gegründeten Berliner Studios von Echo wurde.



weiterentwickelt. Interne Prozesse für die humanitäre Aufnahme gefährdeter russischer Medienschaffender wurden aufgesetzt. In Deutschland im Exil ankommende Kolleginnen und Kollegen begleiten wir bei ihren ersten Schritten, unterstützen sie im Asylverfahren oder beim Antrag auf einen freiberuflichen Aufenthalt. In Notlagen organisieren wir Schutz, wenn der lange Arm der Geheimdienste oder krimineller Vereinigungen bis nach Deutschland reicht. Wir vernetzen, vermitteln an Mentoringprogramme und teilen Ressourcen. Manchmal sind es kleine Gesten, aber sie ermutigen und geben Kraft zum Weiterarbeiten.

EVAKUIERUNGEN AUS AFGHANISTAN IN DRITTLÄNDER: GESAMTZAHL 165

(August 2021 bis Juli 2022)



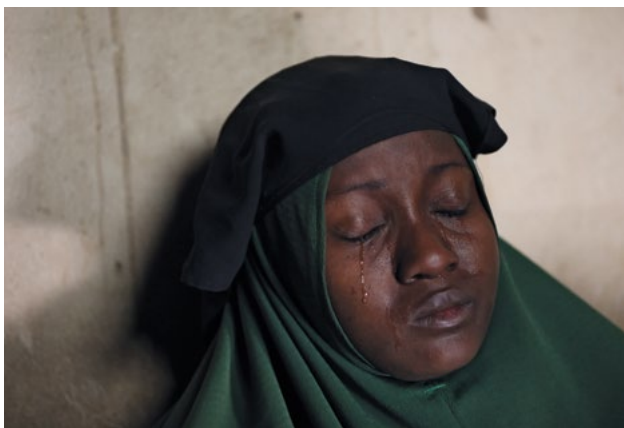
Kinder spielen in einem Luftschutzbunker in Mariupol am 7. März 2022, Tag 12 der russischen Belagerung. Eine Evakuierung von Zivilistinnen und Zivilisten durch das Internationale Rote Kreuz am selben Tag scheiterte, weil die russische Armee die Fluchtkorridore mit Panzern versperrte. © Evgeniy Maloletka for AP



FOTOS FÜR DIE PRESSEFREIHEIT



Die brutale Niederschlagung friedlicher Demonstrationen im Iran, wütende Massenproteste in Sri Lanka, Terrormilizen in Nigeria: 2022 war kein gutes Jahr für die Pressefreiheit. Die diesjährige Ausgabe unseres Fotobuchs »Fotos für die Pressefreiheit 2023« stand besonders unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Das Titelbild von Evgeniy Maloletka zeigt die zugedeckten Leichen einer ukrainischen Familie und eines freiwilligen Helfers. Sie wurden im März 2022 auf der Flucht vor den russischen Truppen in Irpin von einer Mörsergranate getroffen. Für seine erschütternden Bilder erhielt er den Press Freedom Award 2022 von Reporter ohne Grenzen.



Humaira Mustapha weint um ihre beiden Töchter. Sie gehörten zu rund 300 nigerianischen Schulmädchen, die im Februar 2021 aus einem staatlichen Mädcheninternat in Jangebe im Bundesstaat Zamfara entführt wurden. © Sodiq Adelakun / AP

Im einleitenden Faktenteil des Fotobuchs geht es um Länder, in denen die Meinungs- und Pressefreiheit 2022 besonders gefährdet war, wie etwa Brasilien und Griechenland, aber auch China und die Türkei. Die längeren Fotostrecken werden von acht Essays begleitet, die aus der Ich-Perspektive beschreiben, was die Fotografinnen und Fotografen bei ihrer Arbeit motiviert und wie sie auch in belastenden Situationen ihre Professionalität bewahren.

21 Fotografinnen und Fotografen, Autorinnen und Autoren haben uns ihre Werke für diese 29. Ausgabe des Bildbandes zur Verfügung gestellt. Dem Fotobuch-Team unter Leitung von Barbara Stauss gehörten RSF-Vorstandsmitglied Gemma Pörzgen als Chefredakteurin, Redakteurin Christina Schott und Grafiker Jonas Herfurth an. Der Erlös des Fotobuchs fließt vollständig in unseren Einsatz für die Pressefreiheit und für verfolgte Journalistinnen und Journalisten.

»Fotos für die Pressefreiheit 2023«

Reporter ohne Grenzen (Hrsg.)
ca. 100 Seiten, 18 Euro
ISBN 978-3-98682-026-8

WIR TRAUERN 2022 UM

BANGLADESCH: 13. April **Mohiuddin Sarker Nayeem**, Printjournalist | BRASILIEN: 7. Februar **Givanildo Oliveira**, Journalist und Gründer einer Nachrichtenwebseite | 5. Juni **Dom Phillips**, Investigativ-Journalist | 5. Juni **Bruno Pereira**, Indigenen-Experte/Stringer | CHILE: 12. Juni **Francisca Sandoval**, Fernsehreporterin | ECUADOR: 24. Juli **Kelvin Mike Cabrera**, Blogger | GUATEMALA: 8. März **Orlando Villanueva**, Online-Journalist und Besitzer einer Nachrichtenwebseite | HAITI: 6. Januar **Amady John Wesley**, Radiojournalist | 6. Januar **Wilguens Louissaint**, freier Journalist | 23. Februar **Maximilien Lazard**, Journalist | 11. September **Frantzsen Charles**, Online-Journalist | 11. September **Tayson Lartigue**, Online-Journalist | 30. Oktober **Romelson Vilcin**, Radiojournalist | HONDURAS: 9. Januar **Pablo Isabel Hernández Rivera**, Radiojournalist | INDIEN: 5. Februar **Rohit Kumar Biswal**, Reporter und Fotograf | IRAK: 4. Oktober **Nagihan Akarsel**, Journalistin | IRAN: 8. Januar **Baktash Abtin**, Journalist und Schriftsteller | ISRAEL: 5. September **Nidal Irbariya**, Journalist und Gründer einer Nachrichtenwebseite | JEMEN: 6. Februar **Marwan al-Makradi**, Reporter und Fotograf | 23. März **Fawaz al-Wafi**, Fotojournalist | 15. Juni **Saber al-Haidari**, Fernsehreporter | KASACHSTAN: 6. Januar **Muratchan Basarbajew**, Fernsehmitarbeiter/Fahrer | KENIA: 23. Oktober **Arshad Sharif**, Fernsehjournalist | KOLUMBIEN: 16. Oktober **Rafael Moreno Garavito**, Online-Journalist | MEXIKO: 10. Januar, **José Luis Gamboa Arenas**, Online-Journalist | 17. Januar **Alfonso Margarito Martínez Esquivel**, Fotojournalist | 23. Januar **Lourdes Maldonado López**, Fernsehjournalistin | 31. Januar **Roberto Toledo**, Video-Journalist | 10. Februar **Heber López Vásquez**, Online-Journalist | 24. Februar **Jorge Luis Camero Zazueta**, Online-Journalist | 4. März **Juan Carlos Muñiz**, Online-Journalist | 15. März **Armando Linares**, Online-Journalist und Chefredakteur | 5. Mai **Luis Enrique Ramírez**, Journalist und Publizist | 29. Juni **Antonio de la Cruz**, Printjournalist | 23. August **Fredid Román**, Journalist | MYANMAR: 6. Januar **Pu Tuidim**, Online-Journalist | 30. Juli **Aye Kyaw**, Fotojournalist | PAKISTAN: 28. April **Ziaur Rehman Farooqi**, Fernsehjournalist | 30. Oktober **Sadaf Naeem**, Fernsehreporterin | PALÄSTINENSISCHE GEBIETE: 11. Mai **Schirin Abu Akle**, Fernsehjournalistin | 1. Juni **Ghufran Warasneh**, Radiojournalistin | PARAGUAY: 6. September **Humberto Coronel**, Radiojournalist | PHILIPPINEN: 3. Oktober **Percival Mabasa (auch bekannt als Percy Lapid)**, Radiojournalist | SOMALIA: 30. September **Ahmed Mohammed Schukur**, Fernsehjournalist | 29. Oktober **Mohammed Issa Hassan**, Fernsehjournalist | SYRIEN: 21. Januar **Ahmed al-Nasser**, Journalist | 5. November **Atef al-Saidi**, freier Journalist | 20. November **Issam Abdallah**, Reporter | TSCHAD: 9. Februar **Evariste Djaï-Loramadji**, Radiojournalist | UKRAINE: 1. März **Ewgeni Sakun**, Kameramann | 13. März **Brent Renaud**, freier Journalist | 13. März **Maxim Lewin**, Fotoreporter | 14. März **Olexandra Kuvshynova**, Fixerin | 14. März **Pierre Zakrzewski**, Fotojournalist | 23. März **Oksana Baulina**, Online-Journalistin | 30. März **Mantas Kvedaravičius**, Dokumentarfilmer | 30. Mai **Frédéric Leclerc-Imhoff**, Fernsehjournalist | USA: 3. September **Jeff German**, Investigativ-Journalist

Ihre Spende für die Pressefreiheit:
www.reporter-ohne-grenzen.de/spenden

RSF REPORTER
OHNE GRENZEN

JAHRESABSCHLUSS

Einnahmen

Spenden	2.815.077 €
Fördermittel für den JX Fund	1.082.644 €
Mitgliedsbeiträge	378.419 €
Fördermittel der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe	352.425 €
Fördermittel des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	343.594 €
Erbschaften	224.742 €
Fördermittel/Zweckgebundene Spenden für Nothilfe und Digital Security Lab	73.307 €
Anzeigen im Buch »Fotos für die Pressefreiheit«	65.457 €
Preisgelder	55.372 €
Verkauf Buch »Fotos für die Pressefreiheit«	38.842 €
Erstattungen Aufwendungsausgleichsgesetz	35.935 €
Verkauf Online-Shop-Produkte	15.720 €
Sonstige Einnahmen	9.025 €
Einnahmen aus Bußgeldzuweisungen durch Gerichte	8.000 €
Erträge aus Vorjahren	5.145 €
Summe	5.503.705 €

Ausgaben

Personalkosten	1.870.423 €
Unterstützungsfonds für Journalistinnen und Journalisten	923.011 €
Auszahlung an Partnerorganisationen Defending-Voices-Projekt	268.000 €
Honorare freie Mitarbeit	228.472 €
Raumkosten	189.947 €
Dienstleistungen (Pressemonitoring, Übersetzungen, Datenschutz etc.)	150.899 €
Unterstützungsfonds für Journalist*innen	93.095 €
Miete Wohnungen Nothilfe und Stipendienprogramm	85.642 €
Wartungskosten für Hard- und Software	79.362 €
Zuwendung an JX Fund gGmbH	75.000 €
Buchführungskosten, Abschluss- und Prüfungskosten	74.626 €
Stipendien und finanz. Existenzsicherungen	73.233 €
Produktions- und Vertriebskosten Buch »Fotos für die Pressefreiheit«	72.728 €
Druck, Layout, Künstlersozialkasse	60.295 €
Reisekosten RSF-Team und Vorstand	58.616 €
Reisekosten Freie Mitarbeiter*innen, Gäste, Stipendiat*innen	56.236 €
Softwarelizenzen	51.306 €
Abschreibungen	41.125 €
Büromaterial, Zeitschriften, Bücher, Büroausstattung, Hardware	39.494 €
Bewirtungskosten RSF Team und Gäste	32.340 €
Telefon und Internet	29.773 €
Werbeanzeigen und Repräsentationskosten	26.027 €
Rechtsberatungskosten	22.723 €
Porto und Kurierdienstleistungen	22.713 €
Periodenfremde Aufwendungen und Steuern	22.617 €
Nebenkosten des Geldverkehrs	19.809 €
Produktionskosten Online-Shop-Produkte	16.865 €
Fortbildungskosten	16.661 €
Versicherungen und Beiträge	13.778 €
Sonstige Kosten ideeller Bereich	9.765 €
Medizinische/therapeutische Versorgung Journalist*innen Nothilfe	7.062 €
Summe	4.731.645 €

Jahresüberschuss

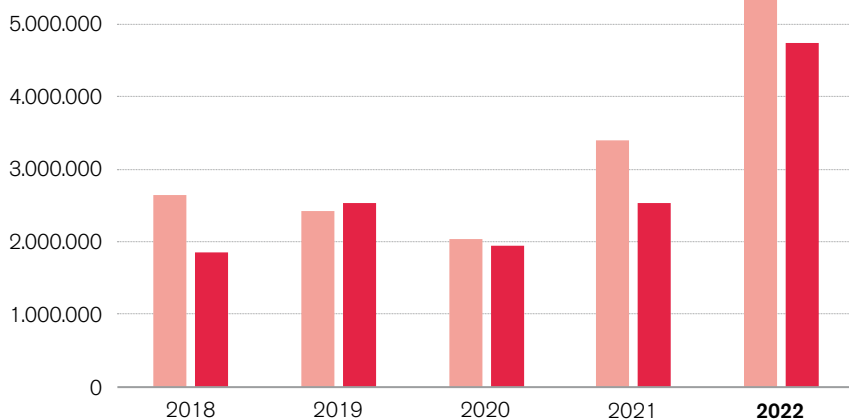
772.060 €

Bilanz – Aktiva	
A. Anlagevermögen	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	
Software	3.254 €
Geleistete Anzahlungen	116.038 €
II. Sachanlagen	
Technische Anlagen und Maschinen	9.071 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	58.871 €
III. Finanzanlagen	
Beteiligungen	8.334 €
Genossenschaftsanteile zum langfristigen Verbleib	520 €
B. Umlaufvermögen	
I. Vorräte	
Warenbestände	22.075 €
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	11.205 €
Forderungen aus Mitgliedsbeiträgen	2.207 €
Forderungen BMZ (Defending Voices)	7.444 €
Sonstige Vermögensgegenstände	36.283 €
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.452.577 €
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.300 €
Summe Aktiva	2.735.179 €

Bilanz – Passiva	
A. Eigenkapital	
I. Vereinskaptal	819.710 €
II. Gewinnrücklagen	1.642.632 €
B. Rückstellungen	
Sonstige Rückstellungen	126.359 €
C. Verbindlichkeiten	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10.799 €
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	1.050 €
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	46.165 €
Verbindlichkeiten aus Zuwendungen und Zuschüssen	48.865 €
Sonstige Verbindlichkeiten	39.599 €
Summe Passiva	2.735.179 €

Einnahmen und Ausgaben (in Euro)

■ Einnahmen ■ Ausgaben



Der Jahresabschluss – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01. bis zum 31.12.2022 – wurde im Mai 2023 von der Martina Schmidt-Wirtschaftsprüfung GmbH geprüft. Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt.



Reporter ohne Grenzen ist vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) auf den transparenten, sparsamen und vertrauenswürdigen Umgang mit Spenden und Mitgliedsbeiträgen geprüft worden. Seit 2013 tragen wir das DZI Spenden-Siegel. Das DZI vergibt das Spenden-Siegel jährlich und bestätigt uns damit die satzungsgemäße, sparsame sowie wirksame Mittelverwendung unter Beachtung der steuerrechtlichen Vorschriften.



Maik Thieme, Leitung
Personal & Verwaltung
© Jule Halsinger

Woher kommt das Geld für unsere Arbeit?

Die Hälfte unserer Einnahmen stammt aus Spenden. Vor allem die Solidarität mit den vom Krieg in der Ukraine bedrohten Journalistinnen und Journalisten hat viele Menschen und Organisationen dazu bewogen, uns mit einer Spende zu unterstützen. In Folge des Krieges haben wir zusammen mit anderen Organisationen den JX Fund für Exilmedien ins Leben gerufen. Hierfür haben wir 1,1 Millionen Euro an Spenden und Fördermitteln erhalten, was 20 Prozent unserer Gesamteinnahmen entspricht. Wie auch in den Vorjahren erhielten wir Fördermittel vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie von der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe. Der RSF-Vorstand hat seinen Beschluss bekräftigt, mit Einnahmen aus solchen Drittmitteln keine Stellen für Kernaufgaben unserer Organisation zu finanzieren. Das sichert die Unabhängigkeit von Reporter ohne Grenzen.

Sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben sind 2022 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Wie kam das?

Bei den Einnahmen ist die Steigerung zum einen durch einen enormen Zuwachs an Spenden im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine zu erklären, zum anderen mit den Fördermitteln für den JX Fund. Die Ausgaben sind im Vergleich zum Vorjahr von 2,5 Millionen auf 4,7 Millionen Euro gestiegen. Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Der von uns mitgegründete JX Fund für Exilmedien schüttete etwas mehr als 900.000 Euro

für Medienschaffende im Exil aus. Hierfür wurden neue Stellen geschaffen, was zum Anstieg der Personalkosten führte. Zudem waren wir aufgrund der Entspannung der pandemischen Situation in der Lage, mehr Veranstaltungen zu organisieren als im Vorjahr. Auch unser Berliner Stipendienprogramm zur Stärkung von Journalist*innen im digitalen Raum konnte seine Aktivitäten wieder in vollem Maße aufnehmen.

Wie viel Geld ist 2022 konkret in die Unterstützung von Medienschaffenden geflossen?

Zu den erwähnten 900.000 Euro für Medienschaffende im Exil kommen noch einmal etwa 270.000 Euro, die wir für die Unterstützung von Medienschaffenden in Notsituationen und für Stipendien aufgewendet haben.

Was erwartet RSF für 2023?

In den ersten Monaten dieses Jahres mussten wir einen Rückgang der Spenden feststellen. Wir gehen davon aus, dass sich diese Entwicklung in diesem Jahr fortsetzt. Bei den Mitgliedschaften konnten wir unterdessen eine geringere Zunahme im Vergleich zum Vorjahr beobachten. Die wirtschaftliche Situation in Deutschland hat viele Menschen dazu veranlasst, weniger zu spenden. Die mittelfristigen Auswirkungen auf das Spendenverhalten und auf die Mitgliedschaften sind jedoch noch nicht seriös abzuschätzen. Wir bleiben aber zuversichtlich, dass die Verteidigung der Pressefreiheit weiterhin von vielen Menschen unterstützt wird.

Vergütung

Reporter ohne Grenzen sieht folgende Gehaltsbandbreiten (Jahresbrutto bei Vollzeit) vor:

- Führungskräfte: von 52.000,00 bis 57.200,00 Euro
- Referent*innen: von 41.600,00 bis 46.800,00 Euro
- Assistent*innen: von 31.200,00 bis 36.400,00 Euro
- Werkstudent*innen erhalten 12,50 Euro/Std.
- Das Jahresgehalt für die Geschäftsleitung/-führung (zwei Personen) betrug im Jahr 2022 insgesamt brutto 154.324 Euro.

Die einzelnen Gehälter werden aus Datenschutzgründen nicht veröffentlicht. Mitglieder des Vorstands sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten lediglich auf Antrag die Erstattung tatsächlich angefallener Kosten.

DAS AKTUELLE TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE VON REPORTER OHNE GRENZEN

(Stand Juli 2023, alle Fotos © Jule Halsinger)

Geschäftsführung und Verwaltung



Von links nach rechts: Christian Mihr (Geschäftsführung) | Clarissa Kleiner (Teamassistentz) | Dr. Maik Thieme (Leitung Personal & Verwaltung) | Sylvia Just (Referentin Finanzen) | Jeanne Olivares (Assistenz Personal) | Melissa Arnecke (Referentin Personal). Nicht im Bild: Bianka Bielecke (Referentin Organisation und Projekte) | Ihab Fattouh (Assistenz Technical Support)

Fundraising



Von links nach rechts: Nadja Kockrow (Werkstudentin Fundraising) | Mirjam Weißkopf (Mitglieder- & Spendenservice) | Daniela Dibelius (Teamleitung Fundraising). Nicht im Bild: Anika Machura (Referentin Fundraising) | Nora Wächter (Mitglieder- und Spendenservice)

Advocacy



Von links nach rechts: Gabriel Lazo (Praktikant Advocacy) | Nicola Bier (Referentin Recht) | Helene Hahn (Referentin Advocacy/Internetfreiheit) | Sophie von Waitz (Junior-Referentin Advocacy) | Nube Álvarez (Projektkoordination Defending Voices). Nicht im Bild: Lisa-Maria Kretschmer (Teamleitung Advocacy) | Ilja Braun (Referent Advocacy)

Nothilfe und Stipendien



Von links nach rechts: Monawer Ziarmal (Junior-Referent Nothilfe Afghanistan) | Katja Heinemann (Teamleitung Nothilfe und Stipendien) | Stephanie Huber-Nagel (Projektmanagerin Nothilfe Afghanistan) | Eva C. (Referentin Nothilfe) | Felipe Mendoza Salcedo (Referent Stipendien) | Daria Dudley (Referentin Nothilfe) | Franziska Schmidt (Referentin Stipendien). Nicht im Bild: M. Tucker (Junior-Referentin Nothilfe) | Ali Çelikkan (Freier Mitarbeiter Nothilfe Türkei) | Mortazar Rahimi (Freier Mitarbeiter Projekt Nothilfe Afghanistan)

Berliner Stipendienprogramm



Von links nach rechts: Lea Reisner (Projektmanagerin Berliner Stipendienprogramm) | Lena Herzog (Werkstudentin Berliner Stipendienprogramm) | Tilman Clauß (Projektleiter Berliner Stipendienprogramm)

Kommunikation



Von links nach rechts: Anne Renzenbrink (Pressereferentin) | Kristin Bässe (Referentin Öffentlichkeitsarbeit) | Birger Schütz (Pressereferent) | Moritz Kreimeier (FSJ Öffentlichkeitsarbeit) | Lilli Thran (Praktikantin Kommunikation) | Fahima Makanga (Referentin Öffentlichkeitsarbeit). Nicht im Bild: Sylvie Ahrens-Urbaneck (Teamleitung Kommunikation) | Emilia Eizenhöfer (FSJ Presse) | Raimon Klein (Referent Öffentlichkeitsarbeit) | Juliane Matthey (Pressereferentin) | Fabio Niewelt (Assistenz Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) | Christopher Resch (Pressereferent)

Digital Security Lab

Luis Assardo (Freier Mitarbeiter Digital Security Lab) | Janik Besendorf (Referent Digital Security Lab) | Benjamin Güldenring (Projektleitung Digital Security Lab) | Viktor Schlüter (Interimsvertretung Projektleitung Digital Security Lab) | Niclas Schwarzlose (Werkstudent Digital Security Lab)

Fotobuch

Jonas Herfurth (Grafiker) | Gemma Pörzgen (Textchefin) | Christina Schott (Redaktion) | Barbara Stauss (Projektleitung)

Externe Servicemitarbeitende

Markus Reimer (Computer/IT-Betreuung) | Ariane Schneider (Buchhaltung externe Projekte) | Wolfgang Wenk (Datenschutzbeauftragter)

Vereinsämter (ehrenamtlich)

Der Vereinsvorstand



Katja Gloger
(geschäftsführender
Vorstand)



Martin Kaul



Gemma Pörzgen



Dr. Michael Rediske
(geschäftsführender
Vorstand)



Matthias Spielkamp

Das Kuratorium

Pinar Atalay | Peter-Matthias Gaede | Giovanni di Lorenzo | Lorenz Maroldt | Georg Mascolo |
Bascha Mika | Jan-Eric Peters | Jörg Quoos | Niddal Salah-Eldin | Eva Schulz | Prof. Dr. Karola Wille |
Ulrike Winkelmann

Ausgeschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Juli 2022 bis Juni 2023

Wir danken ganz herzlich

Luisa-Charlotte Becker | Jennifer Braunschweig | Lea Bund | Mohammed Chahrour | Lia Friderichs |
Franziska Görner | Ulrike Gruska | Lenja Hansen | Louise Kaufmann | Elias Krössin | Lotte Laloire |
Laura Meng | Yavuz Narin | Max Schlag | Berna Valladares | Judith Vogel

Kassenprüferinnen

Daniel Moßbrucker | Karin Wenk

Derzeit (Stand 30. Juni 2023) zählt RSF

- 3.415 Gesamtmitglieder,
- davon 1.605 Vereinsmitglieder und
- 1.810 Fördermitglieder.

2022 begrüßten wir

- 358 neue Gesamtmitglieder, davon
- 69 neue Vereinsmitglieder und
- 289 neue Fördermitglieder.

| REPORTER OHNE GRENZEN: RECHERCHIEREN, ANKLAGEN, UNTERSTÜTZEN |

Reporter ohne Grenzen dokumentiert Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit weltweit und alarmiert die Öffentlichkeit, wenn Journalistinnen und Journalisten oder deren Mitarbeitende in Gefahr sind. Wir setzen uns für mehr Sicherheit und besseren Schutz von Medienschaffenden vor allem in Krisengebieten ein. Wir kämpfen online wie offline gegen Zensur, gegen den Einsatz und Export von Überwachungstechnik und gegen restriktive Mediengesetze.

Ein globales, dicht geknüpftes Netz für schnelle Information und Intervention entsteht durch 130 Korrespondentinnen und Korrespondenten der internationalen Organisation. Unser Nothilfereferat unterstützt verfolgte Journalistinnen und Journalisten und Medien unter anderem juristisch und finanziell.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt auf der Hilfe in den Herkunftsländern der Betroffenen. Wenn es für Medienschaffende jedoch lebensgefährlich ist, in der Heimat zu

bleiben, bemühen wir uns, ein sicheres Aufnahmeland zu finden.

Seit 1994 ist die deutsche Sektion von Berlin aus aktiv. Der Verein Reporter ohne Grenzen ist Teil der 1985 gegründeten internationalen Organisation Reporters sans frontières mit Hauptsitz in Paris.

Reporter ohne Grenzen finanziert sich in erster Linie aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen sowie durch den Verkauf des jährlichen Fotobuchs.

Die internationale Organisation Reporter ohne Grenzen hat Beraterstatus

- beim Menschenrechtsrat der UN,
- bei der UNESCO,
- beim Europarat.



Reporter ohne Grenzen e.V.

Postfach 304108 | 10756 Berlin
Fon: 030 609 895 33-0
Fax: 030 202 15 10-29
kontakt@reporter-ohne-grenzen.de
www.reporter-ohne-grenzen.de

Spendenkonto

Reporter ohne Grenzen
IBAN: DE26 1009 0000 5667 7770 80
BIC: BEVODEBB
Berliner Volksbank

